



ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 1/2016 | 42. Jahrgang | 2,30 €

Ursulas Rüstungsoffensive

130 Milliarden € für neue Waffen bis 2030

In diesem Heft

Jürgen Grässlin:
Der „Islamische Staat“
schießt deutsch

Torsten Schleip:
Die Automatisierung
des Krieges

T. Damjanov/H. Häberlein
Denkschrift zur Erneuerung
des politischen Pazifismus

Buchbesprechung:
Sammelband über den
DFG-Gründer A.H.Fried

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet. 1968 schloss sich die DFG mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK, gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur DFG-IdK zusammen. Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer) zur DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband
www.DFG-VK.de | DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892626 | office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel | 0177-8871014
schaedel@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop Pazifex
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892626 | material@dfg-vk.de
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund | 0231-818032
Stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis
• Ralf Buchterkirchen | buchterkirchen@dfg-vk.de • Tobias Damjanov | damjanov@dfg-vk.de • Jürgen Grässlin | graesslin@dfg-vk.de
• Cornelia Mannewitz | mannewitz@dfg-vk.de • Christoph Neeb | neeb@dfg-vk.de • Monty Schädel | schaedel@dfg-vk.de • Torsten Schleip | schleip@dfg-vk.de • Thomas Carl Schwoerer | schwoerer@dfg-vk.de

Redaktion ZivilCourage
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51892620 | ze@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de
ZivilCourage Magazin

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg
Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-51885601 | dawue@dfg-vk.de
www.bawue.dfg-vk.de
DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern
Schwanthalerstraße 133,
80339 München | 089-89625146
bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg
b-b@dfg-vk.de | www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen
Villa Ichon, Goetheplatz 4,
28203 Bremen | 0421-5964961
nds-hb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
hh-sh@dfg-vk.de
www.hh-sh.dfg-vk.de

Hessen
Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
069-431440 | hessen@dfg-vk.de
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
0177-8871014 | mv@dfg-vk.de
www.mv.dfg-vk.de

Die pazifistische Grundsatzerklärung:
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg
zu unterstützen und in der Bewahrung aller
Kriegsverstöße mitzubedenken.

Nordrhein-Westfalen
Braunschweiger Straße 22,
41145 Dortmund | 0231-818032
nrw@dfg-vk.de | www.nrw.dfg-vk.de

Ost
c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
04146 Markkleeberg | 034299-76637
ost@dfg-vk.de | www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz
c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 23,
55542 Bad Kreuznach | 0671-62878
rlp@dfg-vk.de | www.rlp.dfg-vk.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:
www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit
War Resisters' International (WRI)
www.wri-irg.org | info@wri-irg.org
International Peace Bureau (IPB)
www.ipb.org | mailbox@ipb.org
Kooperation für den Frieden
www.koop-frieden.de
info@koop-frieden.de

Bundesausschuss Friedensratschlag
www.friedensratschlag.de
Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
www.soziale-verteidigung.de
info@soziale-verteidigung.de
Forum Ziviler Friedensdienst
www.forumzfd.de
kontakt@forumzfd.de

Aktion Aufschrei - Stopt den Waffenhandel
www.aufschrei-waffenhandel.de
kontakt@aufschrei-waffenhandel.de
atomwaffenfrei.jetzt
www.atomwaffenfrei.de

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK im DFG-VK (1974). Zuvor gab es die Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale der Kriegsdienstgegner, die ZivilCourage und den Verband der Kriegsdienstverweigerer. Die Zeitschrift ZivilCourage ist die Zeitschrift der DFG-VK.



abonnieren
Ausfüllen, Ausschneiden, Abschnitten an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart
oder online abonnieren: www.DFG-VK.de

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. (Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.) Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen, Ausschneiden, Abschnitten, Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____
 Ich bezahle bequem per Bankeinzug
 Konto _____ BIZ _____
 Bank _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum _____ Unterschrift _____

Liebe Leserin, lieber Leser, nach Redaktionsschluss und unmittelbar vor Einlieferung der Daten in die Druckerei haben uns einige Informationen erreicht, die nur noch hier ihren Platz finden können:

Christoph Straesser, SPD-Bundestagsabgeordneter und DFG-VK-Mitglied, ist am 24. Februar von seinem Amt als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung zurückgetreten. Der Grund: Ich will „nicht verhehlen, dass sich auch in meinem Arbeitsfeld, insbesondere im Bereich der Flüchtlingspolitik (Asylpaket II), politische Entscheidungen abzeichnen, die für mich nur schwer vereinbar sind mit meinen eigenen Positionen und meiner eigenen Glaubwürdigkeit.“ Intern hatte er deshalb auch angekündigt, gegen die Asylrechtsverschärfungen im „Asylpaket II“ zu stimmen. Spiegel-online charakterisiert die Wirkungsmöglichkeiten des Menschenrechtsbeauftragten so: „Sein politischer Einfluss beschränkt sich daher weitgehend darauf, Missstände in anderen Staaten anzuprangern und - soweit es ihm vor allem mit Hilfe der Medien möglich ist - öffentlich zu machen.“ Dabei fehlt seine Stimme also nun, aber er nutzt sie gegen die weitere Einschränkung des Asylrechts. Ich sage: Respekt!

Elsa Rassbach ist DFG-VK-Mitglied und -Aktive, in Berlin lebende Deutsch-Amerikanerin und Deutschland-Sprecherin der pazifistischen und von Frauen geführten US-Organisation Code Pink. Und sie freut sich. Denn: Code Pink erhält den Wilhelm-von-Bayreuth-Preis für Humanität und Toleranz der Stadt Bayreuth. Das beschloss der Gemeinderat der oberfränkischen Stadt am 24. Februar nach langer und hitziger Diskussion. Denn eigentlich war die Preisverleihung schon im Jahr 2014 beschlossen worden. Aber nun hatte Code Pink es gewagt, die Politik Israels zu kritisieren (wozu jede pazifistische Organisation genug hat; und - selbstverständlich - jeden anderen Staat auch, der auf Krieg und Gewalt setzt und Menschenrechte verletzt). Der Bayreuther Stadtrat diskutierte also lange, ob er den Preis vielleicht wieder aberkennen oder wenigstens auf eine öffentliche Verleihung verzichten wolle. Die Mehrheit wollte dann aber doch weder das eine noch das andere. Die Preisverleihung findet am 15. April statt. Und deshalb freut sich Elsa Rassbach. Ich gratuliere ihr und Code Pink!

In der Liste der Liste der Ostermärsche auf Seite 12, die wir vom Netzwerk Friedenskooperative übernommen haben, fehlen zwei Termine aus Bayern. Klaus Stampfer von der DFG-VK-Gruppe Augsburg teilte uns mit, dass am Samstag, 26. März, um 11 Uhr 30 der Ostermarsch am Augsburger Königsplatz beginnt; und am Ostermontag führt ein Marsch zur Rüstungsfirma MBDA in Schrobenhausen, der Start dort ist um 11 Uhr 30 am Bahnhof. Für den Ostermarsch in Lübeck eilte Detlef Mielke von der DFG-VK-Gruppe Bad Oldesloe ergänzend mit, dass dieser um 13 Uhr auf dem Schragen beginnt.

Und dann ist - leider - zu erinnern: Am 7. Februar ist Roger Willemsen mit nur 60 Jahren an Krebs gestorben. Die Feuilletons waren voll von meist klugen, betroffenen und tieferschürfenden Nachrufen auf diesen vielleicht bekanntesten Intellektuellen Deutschlands. Dass er Pazifist war, konnte ich aber nirgendwo lesen. Deshalb will ich dann wenigstens hier darauf hinweisen - und ihn selber zu Wort kommen lassen mit einer kurzen Passage aus seiner Kolumne im Zeit-Magazin vom 18. Dezember 2014:

Politisch brauchte man zwanzig Jahre, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen: Die bisherige Regelung schränkte die Menschenwürde von Asylbewerbern ein. Jetzt gibt's ein Hartz Viertel für Flüchtlinge, doch statt auf die Gründe für Migrationen konzentriert man sich auf Abschreckung, und was die „Bekämpfung der Ursachen in den Heimatländern“ angeht, soll sie wenigstens mit deutschen Waffen geschehen, dazu genehmigt die Bundesregierung Rüstungsexporte in arabische Staaten, egal, welche von diesen den IS unterstützen.

Was aber macht der Anblick mit uns Schaulustigen, die wir Kriege täglich mit Augen bereisen - in Syrien, der Ukraine, Afghanistan? Wir werden Strategen und Landser, fühlbar an den Gewitterwolken über den Stammtischen. Deutschland zeigt in Umfragen den größten Kriegswillen seit 1945, Sigmar Gabriel ist „stolz“, „kein Pazifist“ zu sein, sondern ein harter Hund aus der Felix-Magath-Schule. Warum fällt solcher Stolz immer denen am leichtesten, die in keinen Schützengraben passen: Gabriel, Kauder, Broder?

Auch der Bundespräsident mahnt dauernd, wir müssten kampfbereit sein. Vor Historikern in Göttingen sagte er: „Die Zukunft kommt nicht von selbst.“ Das ist neu. Bis hier hat sie das immer getan. Kann aber sein, dass sie Gauck beichtete: „Ich komm nicht mehr. Und von selbst schon gar nicht.“ Da rief der Präsident zu den Waffen, Fachmann für Rüstung und Entrüstung.

In diesem Sinne grüßt
Stefan Philipp

Editorial



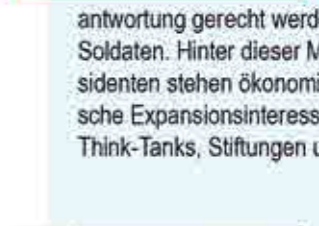
Foto: privat

Inhalt

- Titel**
Ursulas Rüstungsoffensive
 04 Jürgen Wagner
 Militärministerin v. d. Leyen will bis 2030 für neue Waffen 130 Milliarden Euro ausgeben
Antimilitarismus
 08 Jürgen Grässlin
 Der „Islamische Staat“ schießt deutsch
 10 Torsten Schleip
 Die Automatisierung des Krieges
 12 Ostermärsche 2016
 13 Red Hand Day: Kinder dürfen keine Soldaten sein!
Internationales
 14 Jochen Schüller
 Frieden in Kolumbien nach 50 Jahren Krieg?
 17 Frank Brendle
 „Remember to resist“ zum Genozid an Roma
Kriegsdienstverweigerung
 20 Cornelia Mannewitz
 Anklagevorwurf: Staatsverrat
Pazifismus
 22 Tobias Damjanov und Heiner Häberlein
 Aufstehen und gemeinsam handeln! Denkschrift zur Erneuerung des politischen Pazifismus
 24 Manifest: Schutz der Menschenrechte durch Prävention
 26 Stefan Philipp
 Buchbesprechung: Sammelband Alfred Hermann Fried
 27 Buchhinweis
 Fried: Mein Kriegstagebuch
Material
 28 Neue Flyer
 11 Michi Schulze von Glaßer ist der Krankheitsvertreter von Monty Schädel
 16 Impressum
 19 Trauer um Andreas Buro
 29 Briefe
 31 Feldpost



Jörg Kronauer
Allzeit bereit
Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen
ISBN 978-89438-578-1
214 Seiten | € 14,90



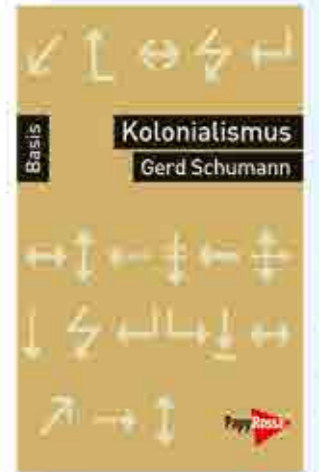
Deutschland müsse seiner globalen Verantwortung gerecht werden, zur Not auch mit Soldaten. Hinter dieser Maxime des Bundespräsidenten stehen ökonomische und geostrategische Expansionsinteressen. Daran wirken mit: Think-Tanks, Stiftungen und andere Akteure.

Karin Leukefeld
Flächenbrand
Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat
2., erweiterte Auflage
ISBN 978-89438-577-4
230 Seiten | € 14,90



Karin Leukefeld erläutert, wie und warum die Region des »Fruchtbaren Halbmondes« in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf Syrien und seine Nachbarstaaten hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.

Gerd Schumann
Kolonialismus, Neokolonialismus, Rekolonisierung



Basiswissen
ISBN 978-89438-580-4
127 Seiten | € 9,90
Von den Sklavenhaltergesellschaften der Antike über die europäischen Plünderer aus Feudalismus und

Kapitalismus sowie die neokolonialen Konquistadoren nach 1945 bis zur gegenwärtigen Rekolonisierung, die sich der überkommenen Methoden der Unterdrückung bedient.

PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. (0221) 44 85 45 | Fax (0221) 44 43 05
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Ursulas Rüstungsoffensive

Militärministerin von der Leyen will bis 2030

130 000 000 000 Euro für neue Waffen ausgeben

Von Jürgen Wagner

Am 26. Januar kündigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine regelrechte Rüstungsoffensive an: Bis zum Jahr 2030 sollen üppige 130 Milliarden Euro in die Neuanschaffung von Rüstungsgütern gesteckt werden. Am folgenden Tag wurde dem Verteidigungsausschuss des Bundestags eine Liste mit Beschaffungsvorhaben vorgelegt, die anscheinend überwiegend auf Zustimmung stieß – auch und gerade Finanzminister Wolfgang Schäuble signalisierte dem Vernehmen nach sein Wohlwollen. Dies ist auch dringend erforderlich, denn ins Auge gefasst wird beinahe eine Verdopplung der bisherigen Rüstungsinvestitionen. Das wird zwingend einen erneuten und spürbaren Anstieg des Einzelplans 14 im Bundeshaushalt erfordern, die Militärausgaben werden also steigen.

Überraschend kam die Initiative allerdings nicht, sie war von langer Hand geplant: Schon seit Jahren jammern Politik, Militär und Industrie, die Bundeswehr benötige eine kräftige Finanzspritze. Zuletzt wurden noch unmittelbar vor von der Leyens Auftritt sowohl der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, der vormalige SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels, wie auch der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André

Wüstner, öffentlichkeitswirksam ins Feld geschickt, um Alarm zu schlagen. Die Bundeswehr sei ein „Sanierungsfall“, so Wüstner, dem Bartels sekundierte, die Truppe sei „am Limit“, weshalb eine erneute Erhöhung des Rüstungsetats erforderlich sei: „Das muss weitergehen“.

Der jüngsten Initiative ging also eine sorgfältig orchestrierte Propagandaoffensive voraus, die den Nährboden für von der Leyens ambitionierte Forderungen bereitete. Die Karten müssten „klar auf den Tisch“, betonte die Verteidigungsministerin und löste diesen Anspruch auch durchaus ein: Denn sie sprach nicht nur die Notwendigkeit an, mehr Rüstungsgüter anzuschaffen und demzufolge dauerhaft deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen. Sie räumte auch offen ein, dies sei zwingend erforderlich, schließlich könne Deutschland nur so gemäß seiner „politischen und ökonomischen Bedeutung“ militärisch auf der Weltbühne agieren.

Die Schrotthaufen-Debatte

In den letzten Jahren jagte eine Pannenserie die nächste – praktisch kein Bundeswehr-Beschaffungsprojekt kam ohne drastische Verzögerungen und teils regelrecht absurde Preiserhöhungen über

die Ziellinie. Vor diesem Hintergrund zog Ursula von der Leyen im Februar 2014 öffentlichkeitswirksam die Notbremse. Als Hauptverantwortlichen für die Misere identifizierte sie den Staatssekretär für Ausrüstung, Stéphane Beemelmans, der von seinen Aufgaben entbunden – sprich: gefeuert – wurde, und seinen Abteilungsleiter, Detlef Selhausen, den man kurzerhand versetzte.

Im selben Atemzug kündigte von der Leyen auch eine externe Überprüfung der Bundeswehr-Großprojekte an. Mit dieser Aufgabe wurden die Unternehmensberatung KPMG, die Ingenieurgesellschaft P3 und die Kanzlei Taylor Wessing betraut, die ihre Ergebnisse in Form des Gutachtens „Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte“ am 6. Oktober 2014 an die Verteidigungsministerin übergaben. Darin wurden auf 1200 Seiten – von denen allerdings nur ein 51-seitiges Exzerpt öffentlich einsehbar ist – neun Großprojekte mit einem Gesamtvolumen von 57 Milliarden Euro untersucht, wobei 140 Probleme und Risiken identifiziert wurden. Das Gutachten mahnte aus diesem Grund an, „dass eine Optimierung des Rüstungsmanagements in nationalen und internationalen Großprojekten dringend und ohne Verzug geboten ist“.

Auch das Fazit der neuen beamteten Staatssekretärin für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung, Katrin Suder, die zuvor lange für die Unternehmensberatung McKinsey tätig war, fiel vernichtend aus: „Waffensysteme kommen um Jahre zu spät, Milliarden teurer als geplant – und dann funktionieren sie oft nicht richtig oder haben Mängel.“

Obwohl durchaus auch die Industrie hier als Teil des Problems identifiziert wurde, nahm diese das Gutachten auffällig positiv auf. Allerdings wird aus der Pressemitteilung zum Gutachten der größten Rüstungslobbyverbände schnell ersichtlich, weshalb dies der Fall war: „Die Studie bestätigt die Notwendigkeit der industrieseitig bereits seit längerem angemahnten ausreichenden Mittelbereitstellung“, hieß es am 7. Oktober 2014 in einer gemeinsamen Erklärung des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV).

Von diesem Zeitpunkt an wurde die Botschaft, die Bundeswehr sei finanziell unterversorgt, sodass dringender Handlungsbedarf bestehe, mit nochmals verstärkter Vehemenz in die Öffentlichkeit getragen. Unmittelbar nach Veröffentlichung des Rüstungsprojekte-Gutachtens

setzte in der Presse ein, was man als „Schrotthaufen-Debatte“ bezeichnen könnte: „So Schrott ist die Bundeswehr“ (Bild am 6. Oktober 2014), die Truppe sei nichts anderes als „stahlgewordener Pazifismus“ (Zeit-online am 19. Oktober 2014) und das ganze Problem existiere vor allem, da die Bundeswehr seit Jahren „chronisch unterfinanziert“ (Deutschlandfunk am 11. Oktober 2014) sei. Damit war vor allem eines erreicht: Ein gewisser Nährboden war geschaffen, um die Akzeptanz in der ansonsten gegenüber einer Erhöhung der Rüstungsausgaben eher kritischen Bevölkerung zu vergrößern.

Rüstungsagenda-Setting

Die von Verteidigungsministerin von der Leyen zeitgleich mit der Veröffentlichung des Beschaffungsprojekte-Gutachtens ins Leben gerufene „Agenda Rüstung“ benennt vor allem die „Optimierung im Management der Rüstungsprojekte“ sowie die „Schließung von Fähigkeitslücken“ als wesentliche Aufgaben der kommenden Jahre. Um diese Vorhaben zu konkretisieren, wurde in der Folgezeit eine Reihe von Papieren erstellt: Die Beschaffungsprojekte sollen nun in regelmäßigen Abständen in ausführlichen Berichten unter die Lupe genommen werden, was zu einer Verringerung der Risiken und damit der Kosten beitragen soll. Daneben zielt das „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“, das im Juli 2015 veröffentlicht wurde, vor allem auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Exportchancen der deutschen Industrie ab.

Bereits kurz zuvor, im Juni 2015, und im Zusammenhang mit den jüngsten Ankündigungen der Verteidigungsministerin von besonderem Interesse, wurde das „Dialogpapier“ der Öffentlichkeit präsentiert. Es enthält

die Ergebnisse des Dialogkreises, in dem sich seit November 2014 nicht weniger als 70 Vertreter aus Reihen des Verteidigungsministeriums und der Rüstungsindustrie mit Rüstungsfragen befassten. Nachdem es sich bei dem Rüstungsprojekte-Gutachten um eine „nach innen gerichtete Bestandsaufnahme“ gehandelt habe, sei nun das „konstruktive Gespräch mit der Industrie“ gesucht worden, um zu einem „gemeinsamen Verständnis“ über die „Agenda Rüstung“ zu gelangen und „Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation zu suchen.“

Im Dialogpapier wird zwar durchaus die Notwendigkeit angedeutet, die Rüstungsindustrie künftig stärker darauf zu verpflichten, auch auftragsgemäß zu liefern – konkrete Maßnahmen in diese Richtung sind allerdings kaum zu finden, alles bleibt diesbezüglich relativ vage.

Sehr detailliert wurde das Dialogpapier dagegen, was die Vorstellungen für den Finanzbereich anbelangt. Klipp und klar wird festgehalten: Es bestehe weiterhin die „Notwendigkeit einer graduellen Erhöhung des Einzelplans 14 und seines investiven Anteils.“ Der mit dem Eckwerte-Papier im Frühjahr 2015 bereits beschlossene Aufwuchs des Rüstungshaushaltes sei zwar begrüßenswert, aber keineswegs ausreichend: „Dieser Anstieg ist jedoch zu schwach.“

Neben der Erhöhung der Militärausgaben im Allgemeinen widmet sich das Dialogpapier auch der Frage der Rüstungsinvestitionen, die momentan bei etwa 15 Prozent des Militärhaushalts liegen und ebenfalls deutlich steigen sollen: „Als konkrete Maßnahmen werden die aufgaben- und ausrüstungsorientierte Erhöhung des Einzelplans 14, die Festschreibung einer Investitionsquote von 20 Prozent für Rüstungsinvestitionen und die Festschreibung einer F&T-Quote [Anm. d. Verf.: F&T = Forschung und Technologie] von 10 Prozent des Investivanteils im Einzelplan 14 empfohlen.“

Unmittelbar darauf konnten bereits erste „Erfolge“ vermeldet werden: Schon für das Haushaltsjahr 2015 sind für militärische Beschaffung (4,2 Milliarden Euro) und Materialerhaltung (2,76 Milliarden Euro) sowie für Forschung und Entwicklung (802 Millionen Euro) signifikante Steigerungen zu verzeichnen. Mehr noch: Vor allem der Investitionsetat wird gemäß aktueller Planungen bis 2019 im Vergleich zu 2014 um knapp 35 Prozent deutlich ansteigen (siehe Tabelle unten). Insofern berichtete das Verteidigungsministerium im Oktober 2015 in seinem Bericht an das Parlament zufrieden: „Mit dem Regierungsentwurf zum Haushalt 2016 (...) ist es gelungen, die Voraussetzungen zur Steigerung der Rüstungsinvestitions-Quote zu schaffen und insofern eine Trendwende einzuleiten.“

Die Forderung nach einer – deutlichen – Erhöhung der Rüstungsinvestitionen lag also bereits einige Zeit vor von der Leyens Ankündigung im Januar 2016 auf dem

Tisch und sollte deshalb nicht sonderlich überraschen. Was daran allerdings überrascht, ist, dass die Ministerin nun erheblich über die im „Dialogpapier“ geforderten Erhöhungen hinausgeht.

Kostspielige Beschaffungsoffensive

Viele der aktuellen Bundeswehr-Großprojekte befinden sich kurz vor ihrem Abschluss, allerdings steht die nächste „Waffengeneration“ bereits in den Startlöchern. Dazu gehören schon seit einiger Zeit die sogenannten „Big-3“, die wohl besonders kostspielig werden dürften: das „Taktische Luftverteidigungssystem“ (TLV), das „Mehrzweckkampfschiff“ (TKS) sowie das „Medium Altitude Long Endurance Unmanned Aerial System“ („Male-Drohne“). Doch auch darüber hinaus wurde eine umfassende Liste mit Beschaffungsvorhaben vorgelegt, die mit der jüngsten Initiative der Verteidigungsministerin von Ende Januar noch einmal substantiell erweitert wird, wie tagesschau.de am 27. Januar berichtete: „Beschaffen will das Verteidigungsministerium demnach zusätzliche Fahrzeuge, Schiffe und Flieger für die verschiedensten Zwecke. So soll der Bestand an Fenek-Spähpanzern um 30 auf dann 248 steigen. Statt 89 soll es 101 Panzerhaubitzen geben. Außerdem sollen sechs Marine-Helikopter zusätzlich angeschafft werden und 40 schwere Transporthubschrauber als Ersatz für die alten CH53-Maschinen. Für einen internationalen Hubschrauberverbund kommen nochmal 22 NH90-Helikopter dazu. Schon vor neun Monaten verkündete die Ministerin den Rückkauf von 100 ausgemusterten Leopard-2-Kampfpanzern, die eigentlich schon zur Verwertung an die Industrie abgegeben waren. Ihre Gesamtzahl soll demnach von maximal 225 auf 320 steigen. Ebenfalls bereits verkündet ist der Kauf von zusätzlich 130 Radpanzern Typ Boxer. Mit ihnen würde die Zahl der Fahrzeuge in dieser Klasse auf 1 300 steigen. Überlegt wird außerdem, fast 200 der bereits ziemlich betagten Schützenpanzer Marder, die eigentlich vom Nachfolger Puma abgelöst werden sollten, weiter in der Truppe zu nutzen.“

Selbstverständlich sind diese Kriegsergeräte nicht zum Nulltarif zu haben: Bis 2030 seien Investitionen im Gesamtvolumen von 130 Milliarden erforderlich, so

von der Leyen. Legt man die bisher bis 2019 eingestellten Summen zugrunde, bedeutet dies zusätzliche Anschaffungen im Umfang von etwa 50 Milliarden Euro. Dies würde einem jährlichen Investitionsetat von ca. 9 Milliarden jährlich entsprechen – die Rüstungsinvestitionen sollen also fast verdoppelt werden! Selbst wenn es gelänge, die Rüstungsinvestitionsquote, wie im Dialogpapier anvisiert, auf 20 Prozent zu erhöhen – was im Übrigen angesichts der möglichen Wiederaufstockung der Truppenzahl und den wachsenden Rekrutierungskosten recht fraglich ist –, würde das bei weitem nicht ausreichen, um den nun artikulierten Bedarf zu decken. Es liegt also auf der Hand, dass hier mehr oder weniger offen eine – nochmalige – Erhöhung des Rüstungsetats auf den Weg gebracht wird. Da trifft es sich aus von der Leyens Sicht besonders gut, dass ihr zufolge Finanzminister Wolfgang Schäuble „große Offenheit“ gegenüber ihren Forderungen an den Tag gelegt haben soll.

„Schluck aus der Finanzpulle“

Es lässt einen einigermaßen fassungslos zurück, wenn von der Leyen ihre jüngste Rüstungsoffensive u.a. damit begründet, der „große Nachholbedarf“ bei der Bundeswehr-Finanzierung müsse behoben werden. Hier stellt sich ernsthaft die Frage, wovon die Verteidigungsministerin eigentlich spricht. Denn ungeachtet des seitens von Politik, Militär und Rüstungsindustrie sorgsam gepflegten Bildes einer drastisch unterfinanzierten Bundeswehr sieht die Realität gänzlich anders aus.

Fakt ist: Der Militärhaushalt stieg von (umgerechnet) 23,18 Milliarden Euro im Jahr 2000 selbst inflationsbereinigt um nahezu 25 Prozent auf etwa 33 Milliarden im Jahr 2015 an. Damit liegt der Haushalt zudem drastisch über dem – eigentlich verbindlich – vereinbarten Sparziel vom Juni 2010. Damals war festgelegt worden, dass alle Resorts bis 2014 zusammen 81,6 Milliarden Euro einsparen müssen und die Bundeswehr dazu 8,3 Milliarden Euro beitragen soll. Gemäß dem daran angelegten Bundeswehrplan sollte hierfür der Rüstungshaushalt bis 2014 auf 27,6 Milliarden Euro reduziert werden. Ganz offensichtlich wurde dieser Beschluss in der Folge dann stillschweigend kassiert. Obwohl also der offizielle Haushalt 2015 etwa 5,5 Milliarden über dem vereinbarten Sparziel lag, legte Finanzminister Wolfgang Schäuble im letzten Frühjahr mit dem „Eckwerte-Papier“ noch einmal nach. Demnach soll der Etat 2016 auf 34,2 Milliarden Euro steigen, im Jahr darauf sollen es 34,74 und 2018 dann 34,8 sein, um 2019 schließlich

35 Milliarden Euro zu umfassen. Da nun scheinbar dennoch eine nochmalige Erhöhung ins Haus steht, drängt sich natürlich die Frage auf, wofür diese Kapazitäten für notwendig gehalten werden.

Kriegerische Verantwortung

Nassforsch begründet von der Leyen ihre Rüstungsoffensive auch noch damit, diese sei erforderlich, damit Deutschland seiner „Verantwortung“ in der Welt gerecht werden könne; mit jenem Schlagwort also, das in jüngster Zeit zu einer kaum mehr verklausulierten Umschreibung für deutsche Weltmachtansprüche geworden ist: „Es ist klar für alle, dass wenn wir äußere Sicherheit haben wollen und die derzeitige Lage zeigt, dass wenn Deutschland sicher sein soll, innerhalb der Bündnisse, dann müssen wir unseren Anteil an Verantwortung auch tragen und tatsächlich unsere Pflichten auch leisten, es ist klar, dann müssen wir auch investieren. [...] Es geht nicht darum, ein Jahr mal eben einen großen Schluck aus der Pulle zu haben, darum geht es nicht, sondern dass es ganz wichtig ist, dass der Verteidigungsetat steigt, aber dann langfristig stetig oben bleibt“, sagte die Ministerin im ARD-Morgenmagazin am 27. Januar.

Anschließend stellte die ARD-Journalistin Christiane Meier angesichts von weltweit 17 Bundeswehr-Einsätzen „von der Westsahara bis Afghanistan“ die Frage: „Müssen wir uns wirklich so groß aufstellen?“ Die Antwort der Ministerin fiel überaus entschieden aus: „Aber ja! Das ist die Folge von Globalisierung. Das ist die Folge auch eines Landes, das eine große Bedeutung hat, politisch und ökonomisch, und das Verantwortung tragen muss, aber auch tragen will. Wir lernen doch gerade in der Flüchtlingskrise, dass wenn wir uns nicht kümmern [...], dann kommen die Probleme zu uns vor die Haustür. Wenn wir uns nicht kümmern um Syrien oder Irak oder Afghanistan, wenn wir uns nicht kümmern in Afrika [...], wenn wir unseren Beitrag nicht leisten, dann kommen die Probleme zu uns und dann wird es noch schlimmer. Und genau das wollen wir nicht. Wir wollen unseren Teil an Verantwortung tragen, dafür muss die Truppe gut ausgerüstet sein.“

Es sei „richtig, wenn man die Probleme am Ort selber bekämpft“, so von der Leyen weiter; das beinhaltet, dass man „Stabilisierung in den fragilen Ländern mit her-



Militärische Beschaffungen (ohne Materialerhaltung) in Millionen Euro

2014	2015	2016	2017	2018	2019
3.821,6	4.223,0	4.777,8	4.910,4	5.188,5	5.152,6

Quelle: Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten; Teil I; Berlin, Oktober 2015; S. 35

Der „Islamische Staat“ schießt deutsch

Warum Terrororganisationen weltweit vieltausendfach mit Heckler & Koch-Waffen morden können

Von Jürgen Grässlin

Aufgrund ihrer Treffgenauigkeit und Feuergeschwindigkeit, Reichweite und Robustheit schätzen Terroristen in aller Welt die handlichen Kriegswaffen von Heckler & Koch (H&K).

Dabei waren und sind es primär nicht die legal erfolgten Direktexporte Hunderttausender von Sturm-, Maschinen- und Scharfschützengewehren sowie Maschinenpistolen des Oberndorfer Kleinwaffenproduzenten und -exporteurs, die den Weltwaffenmarkt überflutet und Terrormilizen, Guerilla- und staatlichen Armeeeinheiten den massenhaften Zugang zu den H&K-Waffen ermöglicht haben.

Vielmehr haben sich die in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts erfolgten mindestens 15 Lizenzvergaben für das H&K-Schnellfeuergewehr G3 und die mindestens sieben Lizenzvergaben für die H&K-Maschinenpistole MP5 in vielfacher Hinsicht dramatisch ausgewirkt. In aller Welt wurden (wiederholt unter der Regie der damals staatseigenen Waffenschmiede Fritz Werner) Waffenfabriken zum Nachbau der H&K-Waffen errichtet.

Seit den G3-Lizenzvergaben an menschenrechtsverletzende bzw. kriegführende Staaten wie den Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, Pakistan oder Mexiko boomt der Handel mit den H&K-Waffen. Laut Schätzungen – evaluierbare Zahlen liegen nicht vor – ist das G3-Gewehr (nach der Kalaschnikow) das weltweit zweitmeist verbreitete Gewehr. Rund 15 Millionen dieser H&K-Sturmgewehre dürften sich zur Bewachung und Bedrohung, Abschreckung und Erschießung im Einsatz in Kriegen und Bürgerkriegen befinden.

Unter Bruch der Endverbleibserklärungen (Enduser Certificates), die die Lizenznehmer den jeweils genehmigenden Bundesregierungen gegenüber unterzeichnet haben, lieferten Staaten wie Saudi-Arabien oder die Türkei widerrechtlich G3 oder MP5 in unbekannter Stückzahl an „befreundete Staaten“. Illegalerweise tauchten in saudischer Lizenz bei der Firma MIC gefertigte G3-Schnellfeuergewehre tausendfach in den Bürgerkriegsländern Sudan und Somalia auf. Türkische MP5-Maschinenpistolen wurden – widerrechtlich – in Länder des Mittleren Ostens und nach Indonesien exportiert.

In den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts ermordete die Rote Armee Fraktion den Generalbundesanwalt mit einem HK43-Gewehr, in ihrem Logo leuchtete die MP5 – gleichsam von Heckler & Koch. Der Sendero Luminoso in Peru, die Farc in Kolumbien, der militärische Arm der PKK in Türkisch-Kurdistan, die sunnitisch-islamistische Palästinenserorganisation Hamas, al-Qaida in Pakistan, die Taliban in Afghanistan – sie alle schossen oder schießen mit der MP5 oder dem Schnellfeuergewehr G3, entwickelt von Heckler & Koch.

Der IS mordet mit Walther-Pistolen

Im August 2014 haben Bundeskanzlerin Merkel und vier Minister von CDU/CSU und SPD in interner Runde entschieden, 16000 G3- und G36-Sturmgewehre aus Beständen der Bundeswehr mit 6000000 Schuss Munition, 40 MG3-Maschinengewehre mit 1000000 Schuss Munition, 8000 P1-Pistolen mit 1000000 Schuss Munition, 30 Panzerabwehrwaffen Milan mit 500 Lenkflugkörpern, 200 Panzerfäuste-3 mit 2500 Patronen, 40 Schwere Panzerfäuste mit 1000 Patronen, 100 Signalpistolen mit 4000 Patronen sowie 10000 Handgranaten in das Bürgerkriegsland Irak auszuliefern.

Empfänger dieser Kriegswaffen waren die Peschmerga, Einheiten irakischer Kurden im Kampf gegen Terrormiliz des „Islamischen Staats“ (IS). Begründet wurden diese – wider das Waffenembargo der Vereinten Nationen erfolgenden – Kriegswaffenlieferungen mit dem vorbildlichen Einsatz der Peschmerga bei der Rettung von JesidInnen. Tatsächlich hatten diese Aufgabe kämpfende Einheiten der türkischen PKK geleistet, doch diese standen und stehen auf der Terrorliste Deutschlands und der USA.

Bereits damals warnte ich nachdrücklich davor, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis die ersten der Bundeswehrwaffen in die Hände des IS gelangen und eingesetzt werden würden. Denn bereits vor Jahren gab es die ersten Hinweise, wonach es dem IS gelingen könnte, über Beutezüge in den Besitz all der Waffensysteme zu gelangen, mit denen die Terroristen schießen und morden können.

Im September 2014 berichtete die Tageszeitung „Die Welt“ von einem Propagandavideo des IS, das eine Rakete mit der in deutscher Sprache verfassten Aufschrift „Lenkflugkörper DM 72 – 136 mm Panzerabwehr“ zeigte. Offenbar hatten die Terroristen diese Rakete(n) bei der Eroberung des Luftwaffenstützpunktes Takba in Syrien erbeutet. Recherchen führten auf die Spur, dass die Panzerabwehrraketen des Typs Hot vom früheren Hersteller Euromissile bereits in den 1980er Jahren an das syrische Regime exportiert worden waren.

Und längst ist offenbar: Die Schergen des IS besitzen ein hochmodernes Waffenarsenal, mit dem sie ihre grausamen Gewaltakte und schweren Menschenrechtsverletzungen begehen. Müßig zu betonen, dass all diese Waffen nicht aus eigener Produktion stammen, sondern vielmehr aus mehr als 25 Ländern, in denen sie gefertigt wurden.

Unter diesen Kriegswaffen befinden sich in nicht unerheblichem Umfang auch in Deutschland gefertigte bzw. entwickelte Waffen. Dies belegt die von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Dezember 2015 publizierte Studie „The arming of Islamic state“ („Die Bewaffnung des Islamischen Staats“). Dazitiert wird darin aufgeführt, welche Waffen auch aus Deutschland stammen (was einschließt, dass diese teilweise in deutscher Lizenz im Ausland gefertigt worden sind).

Der IS schießt und mordet deutsch: mit G3- und G36-Sturmgewehren, entwickelt von Heckler & Koch, mit MG3-Maschinengewehren von Rheinmetall, mit P99-Pistolen und KKF-Gewehren von Carl Walther, mit Milan-Raketen des deutsch-französischen Waffenproduzenten MBDA und mit besagten Hot-Lenkflugkörpern der heutigen Airbus-Gruppe.

Waffen wie diese, so der Vorwurf von Amnesty, würden die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen des IS erst ermöglichen. Einmal mehr zeigt sich, dass Kriegswaffen, die Jahre und Jahrzehnte zuvor ins Pulverfass Naher und Mittlerer Osten exportiert wurden, bis zu einem halben Jahrhundert lang bei kriegerischen Auseinandersetzungen eingesetzt werden können. Die seitens des IS genutz-

ten „zahlreichen und verschiedenartigen Waffen“ seien „ein Lehrbeispiel dafür, wie rücksichtsloser Waffenhandel Gräueltaten im großen Stil befördern“ würden, so die Menschenrechtsorganisation anlässlich der Präsentation ihres Berichts über die Waffen des IS im Dezember 2015. In erheblichem Maße waren Waffen bei der Eroberung der Stadt Mossul im Sommer 2014 in die Hände des IS gefallen. Desgleichen erbrachten auch die Eroberungen von Arme- und Polizeistützpunkten in Falludscha, Ramadi und Tikrit Beutewaffen in großem Umfang.

Waffen suchen sich ihre Schützen

Dabei ist der Waffenzufluss nicht im Mindesten gebremst. Schlimmer noch, er erhält mit den aktuellen deutschen Waffenlieferungen an die Peschmerga neuen Zuström. So konnte ein Recherche-Team des NDR und des WDR im Januar nachweisen, dass Sturmgewehre und Pistolen aus Beständen der Bundeswehr, welche die Bundesregierung an die kurdische Autonomieregierung im Norden des Irak transferiert hatte, mittlerweile auf Waffenbazzaren feilgeboten werden. Auf dem Waffenmarkt von Erbil präsentierte ein Händler Sturmgewehre von Heckler & Koch. Unter der Typenbezeichnung G3, der Seriennummer und dem Herstellerkürzel von „HK“ war auch das Kürzel „Bw“ für Bundeswehr erkennbar. Waffen wie diese sind zu einem Preis zwischen 1450 und 1800 US-Dollar erhältlich – finanziell kein Problem für die Käufer aus den Reihen des IS.

Kaum ein Streitgespräch, in dem nicht ein Vertreter der Bundesregierung oder des für die Waffenexportkontrolle zuständigen Bundeswirtschaftsministeriums gebetsmühlenartig die Behauptung ins Feld führt, Deutschland beliebere ausschließlich „die Guten“ mit Kriegswaffen. Eine Behauptung, die schlichtweg unhaltbar ist. Denn Waffen wandern; eine Erkenntnis, die so alt ist wie die Rüstungsexportpolitik selbst. Waffen marodieren von Schlachtfeld zu Schlachtfeld, sie suchen sich ihre Schützen. Was auf den illegalen Waffenmärkten in aller Welt einzig zählt, ist die Skrupellosigkeit der Verkäufer und das Finanzpotential der Kunden.

Hinzu kommt die Jahrzehnte währende gezielte Kooperation wechselnder Bundesregierungen bei anfangs legalen Waffentransfers mit befreundeten Staaten, wie beispielsweise Pakistan oder Saudi-Arabien. Deren Sicherheitsdienste und Streit-

kräfte unterhalten ihrerseits enge Kontakte mit ihnen politisch oder religiös nahestehenden Terrororganisationen.

So wissen wir vom engen Kontakt zwischen dem pakistanischen Geheimdienst mit Taliban in Afghanistan. Kein Wunder also, dass auch Bundeswehrsoldaten beim Kampfeinsatz am Hindukusch – ausgerüstet mit G36-Sturmgewehren von H&K – beschossen wurden von Taliban-Terroristen – ausgerüstet zumeist mit G3-Gewehren aus Pakistan.

Dramatisch sind auch die Folgen der 2008 von der christlich-sozialdemokratischen Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Franz-Walter Steinmeier genehmigten Lizenzvergabe für das neue H&K-Sturmgewehr G36 an Saudi-Arabi-

ernt hat, belegen u.a. die bis heute fort-dauernden Waffenexportgenehmigungen an zahlreiche menschenrechtsverletzende Staaten. Folgeschwer waren die – pars pro toto zu erwähnenden – Transfers von insgesamt mindestens 8000 (womöglich bis zu 19000) G36-Gewehren nach Mexiko zwischen 2005 und 2009. Rund die Hälfte der Sturmgewehre gelangte mit Wissen führender H&K-Mitarbeiter widerrechtlich in verbotene Unruheprovinzen, wie Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco. Längst schießen und morden neben hochkorrupten Polizisten auch Mitglieder mexikanischer Drogenkartelle mit den Oberndorfer G36-Gewehren.

Wer Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert, nimmt deren – zumeist illegalen – Weiterexport an menschenrechtsverletzende Regime und Terroristen zumindest billigend in Kauf. Endverbleibserklärungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt werden, unangekündigte Vor-Ort-Kontrollen fanden bislang nicht statt. De facto helfen nur strikt eingehaltene und überwachte Rüstungsexportverbote und Waffenembargos.

Möglicher juristischer Erfolg

Immerhin zeichnet sich zurzeit ein bedeutender Lichtblick bei der juristischen Sanktionierung illegalen Waffenhandels ab: Die erste meiner Strafanzeigen gegen Heckler & Koch-Beschäftigte vom April 2010 (zwei weitere laufen) wegen illegaler Waffenexporte nach Mexiko führte im November 2015 endlich zur Anklageerhebung seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen sechs frühere H&K-Mitarbeiter. Unter ihnen – das gab es noch nie – befinden sich zwei vormalige Geschäftsführer. Die öffentlichen Prozesse sollen im Frühjahr am Landgericht Stuttgart stattfinden. Friedensbewegte ProzessbeobachterInnen sind herzlich willkommen.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK und Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ sowie Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Zuletzt verfasste er das „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“ (2013) und das „Netzwerk des Todes“ (2015).



en. Wieder werden Abertausende von H&K-Sturmgewehren auf Jahrzehnte hinaus von MIC für die Streitkräfte des wahhabitischen Herrscherhauses gefertigt.

Die Prognose ist wenig gewagt: Erneut werden über lange Jahre hinweg H&K-Sturmgewehre unter Bruch des Enduser Certificates illegal in andere Länder exportiert. Der Anfang ist gemacht: Jüngst wurden kistenweise H&K-Sturmgewehre von der saudischen Luftwaffe über dem Jemen abgeworfen. Zur Unterstützung jemenitischer Rebellen, die sich – mit Unterstützung von Riad – im Krieg mit der jemenitischen Regierung befinden.

Wie wenig die Bundesregierung aus all den dramatischen Fehlentwicklungen ge-

Die Automatisierung des Krieges

Drohnen und elektronische Kampfführung

Von Torsten Schleip

Im Juli 2012 jammerte der Vorstandsvorsitzende der EADS-Rüstungssparte Cassidian, Stefan Zoller, in der FAZ über sinkende Profite wegen wegfallender Rüstungsaufträge auf Grund gesunkener Wehretats in einigen europäischen Ländern. Und das, obwohl mit der Produktion des sich ständig verteuernenden Eurofighters die Kasse eigentlich hätte klingeln müssen. Sein Lösungsvorschlag: Einstieg in die Entwicklung und Produktion einer europäischen Drohne „gehobenen Standards“ namens Talarion mit Verkaufsaussichten nicht nur in Europa, sondern auch in Asien, Lateinamerika und den USA. Während er mit dieser Idee in Deutschland offene Türen einrannte, gab Frankreich seine zuvor zögerliche Haltung erst unter der neuen Regierung Hollande auf. Zoller wörtlich: „Ich rechne damit, dass wir dieses Jahr, spätestens Anfang 2013 einen Durchbruch erleben werden. Es wird noch kein Vertragsabschluss sein, aber eine klare Absichtsbekundung geben.“

Daraus wurde dann nichts, das deutsche Verteidigungsministerium setzte in bewährter atlantischer Treue auf die Beschaffung der zur Euro-Hawk mutierten US-Drohne Global-Hawk. Für dieses Projekt setzte Kriegsminister Thomas de Maizière knapp 650 Millionen Euro in den Sand, bis sich herausstellte, dass das unbemannte Fluggerät in Deutschland keine Fluglaubnis bekommen würde – was für Auslandseinsätze zwar irrelevant, aber offensichtlich störend war.

Bevor ihn diese Fehleinschätzung das Amt kosten konnte, wechselte de Maizière ins Innenministerium, und der neue Besen Ursula von der Leyen schickte sich an, dem militärisch-industriellen Komplex zu willfahren. Dadurch dauerte es mit der Absichtserklärung zwei Jahre länger, sie wurde am 18. Mai 2015 von den zuständigen RessortleiterInnen Pinotti, Italien, von der Leyen und Le Drain, Frankreich, unterzeichnet. Die aus der Absichtserklärung hervorgehenden Verträge werden laut Bundesverteidigungsministerium im ersten Halbjahr 2016 unterschrieben. Als voraussichtlicher In-Dienststellungster-

min wird der Zeitraum zwischen 2020 und 2025 angepeilt. Es kann davon ausgegangen werden, dass es wieder einmal länger dauert.

Was gewiss ist: Die Kosten für Entwicklung und Produktion werden neue Rekordmarken im Rüstungsgeschäft setzen. Wer sich vertiefend einarbeiten will, dem sei die topaktuelle IMI-Studie „Eine Drohne für Europa“ vom 26. Januar empfohlen (http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2016_Pletsch_EUDrohne_final.pdf).



Problem 1: Der Krieg, der ist so gnadenlos, was mach ich ohne Drohne bloß...

Auch nicht vorhandene Not macht erfindisch. Wenn es mit der eigenen Drohne so schnell nichts wird, lässt man erst mal die lieben Verbündeten verdienen. Es kann schließlich nicht angehen, dass die Sicherheit der Bundesrepublik, egal wo, durch eine Truppe verteidigt wird, deren Gewehre nicht treffen, deren Flugzeuge nur tagsüber fliegen und die außerdem nicht mal Drohnen hat. Für so etwas gibt es immer eine Zwischenlösung: für den überfälligen A 400 M das Leasen ukrainisch-russischer Antonows, für das Drohnenproblem den US-Boy Predator oder den Israeli Heron TP. Am 12. Januar wurde das Kaninchen aus dem Hut gezogen: the winner is... Heron TP. Mit einem Vorgängermodell hat man bereits Erfahrung, und außerdem dient es der deutsch-israelischen Waffenbrüderschaft.

Problem 2: Wie sag ich's meinem Kinde...

Trotz Transformers und Iron Man 3: Das Umbringen Unschuldiger aus der Ferne wird in weiten Teilen der Bevölkerung als uncool angesehen. Selbst bei mutmaßlichen usw. hat der Europäer wegen der Kollateralschäden ein ungutes Gefühl. Der Appell der Drohnenkampagne „Gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ wurde seit 2013 von 149 bundesweiten, regionalen und lokalen Initiativen und Gruppen nicht nur aus der Friedensbewegung, Prominenten wie Noam Chomsky, Jürgen Grässlin und der Band Tototronic sowie über 2000 Einzelpersonen unterzeichnet (<https://drohnen-kampagne.de/files/2013/03/Appell-Keine-Kampfdrohnen.pdf>).

Daher in den letzten Jahren eine Musterinszenierung der Salamitaktik. 1. Akt: „Wir schaffen gar keine bewaffnungsfähigen Drohnen an, sondern zivile und nur zur Aufklärung.“ 2. Akt: „Weil es keine zivilen Drohnen gibt, müssen wir leider bewaffnungsfähige nehmen. Aber wir bauen an die Waffen nichts dran.“ 3. Akt: „Na bevor der teure Kram sinnlos rumsteht...“ Scheint leider zu funktionieren, der Aufschrei bei der Bekanntgabe der Leasingentscheidung blieb aus. Oder verhallte ungehört. Ist wohl nicht so wichtig wie andere aktuelle Debatten.

Problem 3: Die Drohne sitzt nur auf der Spitze des Bienenstocks

Im Juli 2015 äußerten sich führende Wissenschaftler und Ingenieure zu einer zunehmenden Automatisierung und Ro-

boterisierung und damit einer weiter zunehmenden Entmenschlichung des Krieges.

Stephen Hawking, der Apple-Mitbegründer Steve Wozniak oder erneut Noam Chomsky warnen: „Künstliche Intelligenz ist an einem Punkt angelangt, an dem der Einsatz solcher Systeme innerhalb weniger Jahre, nicht Jahrzehnte, möglich sein wird“. Mit künstlicher Intelligenz versehene und autonom nach vorgegebenen algorithmischen Kriterien handelnde Waffensysteme sollten verboten werden. Dies betrifft aber nicht nur den Einsatz in militärischen Bereichen, sondern auch in zivilen. In puncto Überwachung und Unterdrückung von unbequemen Ansichten und Akteuren ergeben sich damit Perspektiven, die Orwells 1984 zu nostalgischen Vorstellungen von gestern verkümmern lassen.

Vorbeugen ist besser als fallen... Entgegen dem Bild, dass unsere Jammertruppe wegen des Mitleidseffekts gern in der Öffentlichkeit verbreitet, sind die Planungen der Militärs in Sachen elektronischer Kampfführung (zu der dann auch die Drohnenlenkung gehören wird) schon weit fortgeschritten. Da sieht man, wer im Ministerium die (Uniform-)Hosen anhat. MinisterInnen und ParlamentarierInnen kommen und gehen, Befehlsstrukturen sind ewiglich. Ohne irgendeine Entscheidung der formal Verantwortlichen abzuwarten, schaffen die Militärs Fakten und bereiten sich auf jedwede Eventualität vor.

Bei der Umstrukturierung der Bundeswehr wurde bereits 2000 im Rahmen der Streitkräftebasis eine eigenständige Truppengattung für EloKa (elektronische Kampfführung) gebildet. Sie stellt ihre „Dienste“ allen drei Teilstreitkräften „zur Verfügung“. Bisher sind das die Aufgabenbereiche Aufklärung der Absichten des Gegners, das Absichern der eigenen Kommunikation und der mit Verbündeten und das Stören der Kommunikation des Gegners. Diese Teileinheit ist also jetzt schon mit der Steuerung der Aufklärungsdrohnen vertraut und entsprechend ausgebildet, die zusätzliche Anforderung des Abfeuerns der per Drohne transportierten Raketen lässt sich da sicher auch noch unterbringen. Der mündige Wahlbürger erfährt von all dem hinterher oder gar nichts.

Arbeitsgruppe Drohnen und EloKa der DFG-VK

Auf dem letzten Bundeskongress der DFG-VK in Mannheim gab es eine Arbeitsgruppe zum Thema mit Lühr Henken als sachkundigem Referenten. Verschiede-

ne Landesverbände wie Hamburg-Schleswig-Holstein oder Bayern sowie bereits im Rahmen der Drohnenkampagne tätige Mitglieder arbeiten bereits intensiv am Thema, der theoretische Vorlauf ist immens. Jetzt ist die Kommunikation untereinander und die Vernetzung der Aktiven das vorläufige Ziel der gegründeten und im Haushaltsplan bedachten AG.

Gerade die DFG-VK als bundesweiter Verband sollte in der Lage sein, die vielen Kristallisationspunkte zu verbinden. Schwerpunkt sollte dabei die Verbindung von Information und Aktion sein, um die vorhandene Ablehnung von Drohnenmorden in der Bevölkerung mit der Aufklärung über andere Aspekte der Automatisierung von Krieg und Überwachung zu verbinden.

Dabei sollte der Protest gegen die Drohnenbewaffnung der Bundeswehr mit den Protesten gegen die EloKa-Zentren der Nato und der USA verbunden werden. Für Proteste gegen die Drohnenbewaffnung der Bundeswehr und die illegalen Tötungen durch Drohnen ergeben sich verschiedene Möglichkeiten des Agierens in der Öffentlichkeit.

Militärische Standorte der Drohnenstationierung und -steuerung

1. Bundeswehr: Jagel (Schleswig-Holstein): Die Aufklärungsdrohnen sind und die geleasten Drohnen werden dort stationiert und gewartet. Stadum (Schleswig-Holstein) EloKa Bataillon 911

An beiden Standorten gab es bereits eine Reihe von Protest- und Informationsveranstaltungen der Aktiven im Norden mit den entsprechenden Erfahrungen.

Daun/Eifel (Rheinland-Pfalz): EloKa Bataillon 931; Nienburg/Weser (Niedersachsen): mobiles Bataillon 912; Frankenberg/Eder (Hessen): mobiles Bataillon 932

2. US-Air Base Ramstein (Rheinland-Pfalz): In der dort befindliche Relaisstation werden die Informationen der in Asien oder Afrika eingesetzten Drohnen mit Satelliten empfangen, zwischenausgewertet und über ein transatlantisches Glasfaserkabel an die Piloten in den USA weitergeleitet. Steuerungs- und Abschussignale gehen den entgegengesetzten Weg. Africom Stuttgart (Baden-Württemberg) Informationsbearbeitung und Zielauswahl/erkundung sowie Steuerung von Drohnen in Afrika

3. Nato-Kommandozone Kalkar (Nordrhein-Westfalen) Ebenfalls Steuerung amerikanischer Drohnen. In Zukunft könnte hier das Steuerungszentrum der Bundeswehr entstehen.

Krankheitsvertretung für Monty Schädel

Michael Schulze von Glaßer nimmt die politische Geschäftsführung der DFG-VK wahr



Wegen der anhaltenden Erkrankung des Politischen Geschäftsführers der DFG-VK, Monty Schädel, hat der DFG-VK-BundessprecherInnenkreis Michael Schulze von Glaßer übergangsweise als Krankheitsvertretung eingestellt. Damit konnte bereits seit dem letzten Herbst die geschäftsführende Arbeit auf Bundesebene gewährleistet werden. Der 29-jährige „Michi“ Schulze von Glaßer hat in dieser Zeit bereits neue Materialien erstellt (etwa gegen den Syrien-Einsatz der Bundeswehr), Kampagnen geplant (etwa zum „Red Hand Day“ gegen die Rekrutierung von Unter-18-Jährigen durch die Bundeswehr) und sich auch erfolgreich um die Außendarstellung der DFG-VK in sozialen Online-Medien gekümmert.

Michi Schulze von Glaßer ist seit 2010 Mitglied der DFG-VK. Er lebt in Kassel, wo er im letzten Jahr sein Master-Studium der Politikwissenschaft erfolgreich abgeschlossen hat. In der Friedensbewegung ist er vielen bekannt z.B. als Autor der Bücher „Das virtuelle Schlachtfeld: Videospiele, Militär, Rüstung“ (2014) und „Soldaten im Klassenzimmer: Die Bundeswehr an Schulen“ (2012).

Für Fragen, Anregungen oder Kritik ist Michi Schulze von Glaßer telefonisch unter der Nummer 0176-23 57 52 36 und per E-Mail über die Adresse svg@dfg-vk.de erreichbar.

Juristische Auseinandersetzungen

1. Jemen: In Köln wurde die Klage des Jemeniten Faisal bin Ali Jaber gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Unterstützung des US-amerikanischen Drohnenkrieges über die Basis Ramstein im Mai 2015 abgewiesen. Begründung des Gericht-

tes: nach dem Grundgesetz und dem Völkerrecht sei die Bundesregierung zwar zur Unterbindung von Gefahren für Leib und Leben auch bei Ausländern verpflichtet, wenn diese Gefährdungen von deutschem Staatsgebiet ausgehen. Andererseits sei ihr aber bei den zu treffenden Maßnahmen ein großer Handlungsspielraum einzuräumen. Zitat: „Die Bundesregierung ist nicht verpflichtet, den USA die Nutzung der Air Base Ramstein für die Durchführung von Drohnenangriffen im Jemen zu untersagen“. Faisal verlor am 29. August 2012 seinen Schwager und seinen Neffen durch vier von einer Drohne abgefeuerte Raketen. Von beiden konnten nur noch Reste eingesammelt werden. Parallel zur Verhandlung gab es Proteste vor dem Berliner Reichstag. Sollte es zu einer Revision kommen, wird diese am Oberverwaltungsgericht in Münster verhandelt.

2. Somalia: Eine weitere Verwaltungsklage eines Somaliers, dessen Vater bei einem Drohnenangriff in der Nähe von Mogadischu getötet wurde, ist ebenfalls in Köln anhängig. Diese richtet sich gegen die Bundesrepublik Deutschland, namentlich gegen Ursula von der Leyen wegen Vernachlässigung der Überwachungspflicht ausländischer Aktivitäten nach Nato-Truppenstatut und Artikel 2 des Grundgesetzes. Für die Nutzung von Basen durch ausländische Truppen gelte deutsches Recht. Parallel zur Klageeinreichung wurde gegen Mitarbeiter in Ramstein und Stuttgart

Strafanzeige wegen „gemeinschaftlich begangenen Mordes und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ gestellt.

3. Wolfgang Jung klagt seit 2012 gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen „grundgesetz- und völkerrechtswidriger Nutzung der Air Base Ramstein“. Die bisher beschäftigten Richter wiesen Klage (Verwaltungsgericht Köln) und Berufung (OVG Münster) ab. Am 5. April beschäftigt sich nun das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit der Sache.

Preise für Drohnen-Gegner

1. Der Whistleblower-Preis 2015 der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und der Ialana ging an den ehemaligen Drohnenpiloten Brandon Bryant. Dieser war bis 2011 Drohnenpilot. Er quittierte den Dienst, nachdem er kurz nach Abschuss einer Rakete ein Kind in das von ihm anvisierte und unmittelbar darauf zerstörte Haus laufen sah. Er machte die Praxis der Drohnenötungen öffentlich. Seine Einheit war während seiner Dienstzeit an 1626 illegalen Tötungen beteiligt.

2. Am 15. April wird der 7. „Wilhelmine von Bayreuth-Preis für Toleranz und Humanität in kultureller Vielfalt“ an die Bürgerrechtsbewegung Code Pink verliehen. Die Übergabe wird von der Drohnen-Arbeitsgruppe und der DFG-VK für eine Rundreise mit Veranstaltungen u.a. in Köln, Berlin, Leipzig und Stuttgart genutzt.

Rüstungsstandorte mit Drohnen-Bezug

Sollte der abgeschlossene Vertrag Gestalt annehmen, wird die Entwicklung und Produktion der Drohne vorwiegend in den traditionellen süddeutschen Rüstungsstandorten in Baden-Württemberg und Bayern vor sich gehen. Auch wenn es noch etwas dauert, kann man sich bereits langfristig auf Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort vorbereiten.

Und jetzt?

Für dieses Jahr sind weitere Aktionen in Zusammenhang mit der Drohnenproblematik geplant. Vom 10. bis 12. Juni gibt es ein bundesweites Camp in der Region Kaiserslautern mit einer Demonstration an der Air Base Ramstein. Die Friedensfahrradtour des Landesverbandes Bayern führt ab 31. Juli unter anderem mit den Forderungen „Keine Drohnenstflüge in Grafenwöhr“ und „Keine Drohneinsätze über den Stützpunkt Ramstein“ von Ingolstadt/Manching nach Ramstein. Friedensgruppen aus der Pfalz planen eigene Aktionen zur Air Base.

Es gibt viel zu tun, fangen wir an...

Torsten Schleip ist DFG-VK-Bundessprecher.

OSTERMARSCH 2016

Schleswig Holstein
Freitag, 25. März - **Ladelund**
von der Gedenkstätte Ladelund nach Bramstedtdüld
Samstag, 26. März - **Flensburg**
11 Uhr, Nordertor, Demo zum Deserteurdenkmal in der Roten Straße
Samstag, 26. März - **Kiel**
11 Uhr, Asmus-Bremer-Platz
(www.kieler-friedensforum.de/images/Ostermarsch2016-2.pdf)
Samstag, 26. März - **Lübeck**
Samstag, 26. März - **Wedel**
10 Uhr, Rathausplatz
Bremen
Samstag, 26. März - **Bremen**
11 Uhr, Hauptbahnhof, Demo zum Marktplatz (www.bremerfriedensforum.de)
Niedersachsen
Samstag, 26. März - **Osnabrück**
(www.osnabruecker-friedensinitiative.de)
Samstag, 26. März - **Wolfsburg**

11 Uhr Gewerkschaftshaus, Siegfried-Ehlers-Str. 2 (www.suedostniedersachsen.dgb.de)
Brandenburg
Sonntag, 27. März - **Frankfurt (Oder)** 14 Uhr, Friedensstele (www.ejaos.de)
Berlin
Samstag, 26. März - **Berlin**
(www.frikoberlin.de)
Nordrhein-Westfalen
Freitag, 25. März - **Dortmund**
Mahngang, 14.30 Uhr, Eingang Bittermark an der Kirchhörder Str. (www.dortmund.de)
Freitag, 25. März - **Gronau**
Samstag, 26. März - **Duisburg/Düsseldorf**
(www.ostermarsch-ruhr.de)
Samstag, 26. März - **Düsseldorf**
14 Uhr, Hbf Düsseldorf, Demo zum Marktplatz (www.ostermarsch-rheinland.de)
Samstag, 26. März - **Gummersbach** 11 Uhr, am alten Bahnhof in Niederseßmar, Demo zum Lindenplatz (www.ostermarsch-oberberg.de)
Samstag, 26. März - **Köln/Düsseldorf**
12-13 Uhr, Bahnhofsvorplatz, anschl. gemeinsame Zugfahrt nach Düsseldorf zum Ostermarsch Rheinland (www.koelnerfriedensforum.org)
Samstag, 26. März - **Münster**
Oster-Friedensradtour

Sonntag, 27. März - **Essen/Bochum**
(www.ostermarsch-ruhr.de)
Montag, 28. März - **Bochum/Dortmund**
(www.ostermarsch-ruhr.de)
Sachsen-Anhalt
Montag, 28. März - **Halbdenleben** 11.55 Uhr, Marktplatz, Demo zum Friedensdenkmal und sowjetischen Friedhof (www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de)
Rheinland-Pfalz
Montag, 28. März - **Büchel**
14 Uhr, im Gewerbegebiet Büchel, Demo um den Fliegerhorst, Kundgebung um 15 Uhr in der Nähe des Haupttores
Saarland
Samstag, 26. März - **Saarbrücken** 11 Uhr, Demo ab Johanneskirche zum St. Johanner Markt
Hessen
Freitag, 25. März - **Bruchköbel**
14 Uhr, Freier-Platz, Marsch zur Dicken Eiche (www.friedensplattform.de)
Samstag, 26. März - **Wiesbaden** 10.30 Uhr, Hbf Wiesbaden (www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/ostermarsch-2016/)
Montag, 28. März - **Darmstadt/Frankfurt** 10.30 Uhr, Luisenplatz, Fahrraddemo zum Ostermarsch in Frankfurt (www.darmstaedter-friedensbue

ndnis.de/events/index.html)
Montag, 28. März - **Frankfurt**
14 Uhr, Römerberg (www.frieden-und-zukunft.de)
Montag, 28. März - **Offenbach/Frankfurt** 10 Uhr, Stadthof, Aliceplatz (Rathaus), ab 10.30 Uhr, Abmarsch nach Frankfurt, Montag, 28. März - **Kassel**
Route 1: 10.45 Uhr, Bebelplatz (Gedenken am Mahnmahl); Route 2: 10.45 Uhr, Halitplatz (Ecke Holl-/Mombachstr.), 12 Uhr, vor dem Rathaus (www.kasseler-friedensforum.de)
Thüringen
Donnerstag, 24. März - **Erfurt**
Sonntag, 27. März - **Ohrdruf Sachsen**
Samstag, 26. März - **Leipzig**
10 Uhr, Nikolaikirchhof (www.leipzig-gegen-krieg.de)
Baden-Württemberg
Freitag, 25. März - **Biberach**
(www.friedensbueundnis-bc.de)
Freitag, 25. März - **Stuttgart**
Auftritt des Ostermarsch vor dem Africom in S-Möhringen
Samstag, 26. März - **Ellwangen**
Samstag, 26. März - **Heilbronn/Stuttgart** Gemeinsame Zugfahrt zum Ostermarsch in Stuttgart, Treffpunkt Hbf Heilbronn (www.friedens-

bewegung-heilbronn.de)
Samstag, 26. März - **Stuttgart**
12 Uhr, Karrierezentrum der Bundeswehr (vormals Kreiswehrrersatzamt), Demo zum Schlossplatz (www.friedensnetz.de)
Samstag, 26. März - **Mannheim**
an den Coleman-Baracks in Mannheim-Sandhofen (www.frieden-mannheim.de)
Samstag, 26. März - **Ansbach**
13.30 Uhr, vor der US-Kaserne Katterbach; 15 Uhr, Martin-Luther-Platz (www.etz-langts.de)
Samstag, 26. März - **München**
Stachus, Demo zum Marienplatz (www.muenchen-friedensbueundnis.de)
Samstag, 26. März - **Traunstein**
Samstag, 26. März - **Würzburg**
11 Uhr, Mainfranken-theater, Demo zum Barbarossaaplatz (www.oeko-pax.de/?page_id=386)
Montag, 28. März - **Landshut**
14 Uhr, Rathaus,
Montag, 28. März - **Münchener Umland** Friedenswanderung im Münchner Umland (bifa-muenchen.de/Ostermarsch-Draussen)
Montag, 28. März - **Nürnberg**
(www.friedensforum-nuernberg.de)

Kinder dürfen keine Soldaten sein!

Deutsches Bündnis Kindersoldaten fordert zum Red Hand Day 2016 den besonderen Schutz von Mädchen und Jungen in bewaffneten Konflikten

Rund 250.000 Kinder und Jugendliche werden weltweit in offiziellen Armeen und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen als Soldaten eingesetzt: Sie kämpfen an der Waffe für staatliche Armeen oder andere bewaffnete Gruppen, werden als Spione, Köche oder Lastenträger eingesetzt. Viele Kindersoldaten kämpfen mit Kleinwaffen aus deutscher Herstellung.

Im Jemen sind nach UN-Schätzungen ein Drittel aller Kämpfer Minderjährige. „Die jemenitischen Milizen werden von Saudi-Arabien auch mit deutschen G3-Gewehren aus genehmigter Lizenzproduktion versorgt. Damit verstößt Saudi-Arabien gegen die sogenannte Endverbleibserklärung“, so Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte bei terre des hommes und Sprecher des Bündnis' Kindersoldaten. „Dass der Waffenproduzent Heckler und Koch gegen die Bundesregierung klagt und weitere Waffenexporte nach Saudi-Arabien erzwingen will, offenbart die völlig unzureichende Gesetzeslage. Wir fordern deshalb dringend ein Rüstungsexportgesetz, das Waffenexporte in Krisenregionen und an Staaten, die die Menschenrechte verletzen und beispielsweise Kindersoldaten einsetzen, verbietet.“

Entgegen den eigenen politischen Grundsätzen für Rüstungsexporte und den Vorgaben der EU genehmigt die Bundesregierung den Export von Kriegswaffen an zahlreiche Staaten, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, in denen Kindersoldaten eingesetzt werden – unter ihnen Indien, Katar und Saudi-Arabien. „Mit der Genehmigung der Errichtung einer G36-Waffenfabrik fertigt Saudi-Arabien jetzt auch Zehntausende von H&K-Sturm-gewehren, die aufgrund ihres geringen

Gewichts und ihrer Handlichkeit optimal für Kindersoldaten geeignet sind“, sagte Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher, Buchautor und Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. „Wir rufen auf zur Teilnahme an der bundesweiten Aufschrei-Unterschriftenaktion ‚Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!‘“



Von der DFG-VK mitentwickelte Postkartenaktion: <http://unter18nie.de>

Keineswegs zu vergleichen mit dem Schicksal von Kindersoldaten in Konfliktregionen und dennoch unverantwortlich ist die Rekrutierung minderjähriger Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr – 2015 beispielsweise waren es mehr als 1.500. Intensiv betreibt die Bundeswehr Nachwuchswerbung bei Jugendlichen vor allem in Schulen. „Die Empfehlungen aus dem UN-Ausschuss für die Rechte der Kinder, keine Minderjährigen in die Bundeswehr zu rekrutieren, müssen unbedingt beachtet werden, statt bei ihrer Anwerbung Rekordzahlen zu erreichen“, sagte Frank Mischo, Kinderrechtsexperte der Kindernothilfe. Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten fordert deshalb in der Kampagne „unter18nie“ einen Verzicht der Rekrutierung Minderjähriger, damit Deutschland eine internationale Vorbildrolle zur Reduzierung der Beteiligung von Kindern in militärischen Einheiten weltweit übernehmen kann. „Es

Weitere wichtige Forderungen des Deutschen Bündnis Kindersoldaten sind die Gewährung von politischem Asyl und die Unterstützung für ehemalige Kindersoldaten oder Minderjährige, die vor einer Rekrutierung geflohen sind. Ein sicherer Aufenthaltsstatus, medizinische und psychologische Versorgung sowie schulische und berufliche Bildung sind für sie lebenswichtig.

Am 12. Februar 2002 ist das Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention zu Kindern in bewaffneten Konflikten in Kraft getreten. Seitdem gilt der Tag als internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten. Anlässlich dieses „Red Hand Day“ ruft das Deutsche Bündnis Kindersoldaten gemeinsam mit zahlreichen Organisationen weltweit zu Aktionen mit dem Symbol der roten Hand auf. Bisher haben mehr als 400.000 Menschen in über 50 Ländern weltweit mit ihrem Handabdruck gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten protestiert. Auch in diesem Jahr finden Rote-Hand-Aktionen in zahlreichen deutschen Städten statt. Die Kinderkommission des Bundestages hat sich zuletzt am 27. Januar entschieden gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten ausgesprochen. Viele Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bündnis Kindersoldaten unterstützen Hilfsprojekte für Kindersoldaten in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Quelle: Mitteilung des Deutschen Bündnis' Kindersoldaten vom 11. Februar



Jürgen Grässlin (Aktion Aufschrei) mit Ralf Willinger (terre des hommes), Frank Mischo (Kindernothilfe) und Jens Christian Kage (World Vision)

Frieden in Kolumbien nach 50 Jahren Krieg?

„Solange die Ungleichheit bleibt, wird es weiterhin Probleme mit den Menschenrechten geben.“

Von Jochen Schüller

Fast zum Greifen nahe erscheint ein Ende des Tötens und der Gewalt: Ein halbes Jahrhundert bewaffneter Konflikt zwischen Guerilla-Gruppen und Staat in Kolumbien hat Abertausende Opfer gefordert. Seit November 2012 verhandelt Lateinamerikas älteste Guerilla, die „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (Farc), mit der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos. Doch welcher Frieden wird bei den Dialogen in Havanna zwischen der Farc-Guerilla und der kolumbianischen Regierung unter der Schirmherrschaft von Kuba und Norwegen und mit Unterstützung von Chile und Venezuela ausgehandelt?

Eine Mehrheit der Bevölkerung ist kriegsmüde und befürwortet die Verhandlungen in Havanna. Auch weite Teile der sozialen Bewegungen unterstützen die Bemühungen, wollen jedoch mehr: Sie bezeichnen den „Krieg“ als sozialen, politischen und bewaffneten Konflikt, also als einen gesellschaftlichen Konflikt, der soziale und politische Ursachen hat und von der Guerilla (und dem Staat) bewaffnet ausgetragen wird. Die Niederlegung der Waffen allein ist demnach nicht zugleich das Ende des Konflikts. Kolumbiens Gesellschaft ist tief gespalten: Weiterhin hält ein kleiner Teil der Gesellschaft einen Großteil der wirtschaftlichen und politischen Macht, die Mehrheit ist von der Teilhabe ausgeschlossen. Daher handelt es sich auch um einen Aushandlungsprozess, der nicht nur in Havanna stattfindet.

Zwar gilt Kolumbien für viele wegen des stetigen Wirtschaftswachstums als Musterknabe. Doch an der Ungleichheit

und Ungerechtigkeit im Land hat sich wenig verändert. Kolumbien zählt zu den 10 ungerechtesten Ländern der Welt. Nach Angaben der Weltbank haben die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung satte 58 Prozent des gesamten Einkommens. Bei der Landverteilung ist die Differenz noch eklatanter: Ein Prozent aller LandeignerInnen besitzen 52 Prozent aller landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, während 78 Prozent nur über rund 11 Prozent verfügen.

Dabei ist Kolumbien gar nicht arm – insbesondere die vielen Bodenschätze und das viele fruchtbare Land ziehen nationale und internationale Investoren an. Und auch hier wird der Jahrhunderte alte Kampf um Besitz und Reichtum weiter geführt: Bergbau-Multis gegen traditionelle Bergbau-Familienbetriebe und Agrar-Multis gegen Kleinbauernfamilien. Wer hier die Auseinandersetzung für sich entscheiden wird, ist absehbar. Die meisten Fälle werden mit Gewalt geregelt – auch das hat eine lange Tradition in Kolumbien.

Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien ist weiterhin atemberaubend. So werden – trotz Friedensverhandlungen – weiterhin jährlich 250 000 Menschen gewaltsam vertrieben. Sechs Millionen Menschen sind dadurch seit den 1980er Jahren zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden. Dabei fielen zwischen sieben und zehn Millionen Hektar Land, eine Fläche größer als Belgien, in die Hände von Paramilitärs, Großgrundbesitzern und Agrarkonzernen.

Meist sind es Kleinbauernfamilien, die von ihrem Land vertrieben werden und in die

nächste Stadt flüchten. Sie bilden einen Teil der unzähligen Armen, die in prekären Jobs und im informellen Sektor (Straßenhandel u.ä.) ums Überleben kämpfen. Straßenkinder und Kinderprostitution sind weithin erschreckende Realität – für TouristInnen oft unsichtbar, da die Kinder von der Polizei aus den Stadtzentren vertrieben und manchmal von Paramilitärs einfach umgebracht werden.

Traurige Rekorde

Das Andenland ist für GewerkschafterInnen immer noch das gefährlichste Land der Welt, kein anderer Staat weist so viele ermordete VertreterInnen der ArbeiterInnen-Bewegung auf wie Kolumbien. Paramilitärs sind für Tausende Massaker verantwortlich, für Morde, Folter, Vergewaltigungen und Vertreibungen.

Zwar werden auch die Guerillas für etliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wie die Rekrutierung von Jugendlichen, der Einsatz von Landminen, selektive Morde und Vertreibungen – insbesondere der Farc (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia; deutsch: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens). Menschenrechtsorganisationen schreiben jedoch den Paramilitärs gut 70 bis 80 Prozent aller Menschenrechtsverletzungen zu. Diese richten sich meist eher gegen kritische und oppositionelle Kräfte der Zivilgesellschaft und nicht etwa gegen die bewaffnete Guerilla.

Weil die Paramilitärs in der Regel nicht eigenständig agieren, sondern meist in Komplizenschaft mit den staatlichen Sicherheitsbehörden, sprechen Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien oft von der „mano oscura“, der dunklen Hand der Regierenden. Etliche Beispiele, oft auch vor dem Interamerikanischen Menschenrechtsgericht verhandelt und bestätigt, belegen die guten Verbindungen der illegalen rechten Paramilitärs mit dem Staat und seinen Sicherheitsorganen. Seit ihrer vermeintlichen „Demobilisierung“ im Jahr 2005 treten sie nicht mehr vereint als Dachverband auf. Der hat sich aufgelöst und über 30 000 vermeintliche Kämpfer haben ihre Waffen niedergelegt. Doch in Wirklichkeit sind große Teile ihrer militärischen Strukturen erhalten geblieben und

agieren heute unter anderen Namen weiter: Aguilas Negras, Rastrojos, Urabeños ... Weiterhin morden sie und terrorisieren die Zivilbevölkerung in vielen Teilen des Landes. Kürzlich meldete die christliche Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz die Präsenz von rund 1000 Paramilitärs im Nordwesten Kolumbiens. Sie seien nach eigenen Angaben in die Region zurückgekehrt, um „das Land ihres Chefs wieder in Besitz“ zu nehmen. Um jegliche Opposition im Keim zu ersticken, haben sie gleich fünf Menschen umgebracht.

Die Paramilitärs erwirtschaften 70 Prozent ihrer Einkünfte mit dem Drogenhandel. Zum anderen sind ihre Auftraggeber und Unterstützer oft Großgrundbesitzer, Viehzüchter und andere Teile der Wirtschaft. Prominentestes Beispiel ist Chiquita Brands: Der Bananen-Multi wurde in den USA verurteilt, weil er die illegalen Paramilitärs finanziert hat. Das stellte ein Gericht in Florida im Jahr 2005 fest und verurteilte den Multi zu einer Geldstrafe. Das Unternehmen weist die Vorwürfe zwar zurück, es hätte die terroristische Organisation unterstützt, und behauptet, es sei zu den Zahlungen gezwungen worden. Hochrangige Paramilitärs bestätigen jedoch die Anschuldigungen, beschreiben aber auch, dass nicht nur Chiquita, sondern alle Bananen-Konzerne den Paramilitärs Geld gezahlt hätten.

Insgesamt geht es im kolumbianischen Konflikt überwiegend um wirtschaftliche Interessen. Und so wird sein – hoffentlich baldiges – Ende durchaus auch von ökonomischem Kalkül bestimmt.

Bergbau: Das neue Entwicklungsmodell

Die kolumbianische Armee konnte die Farc- und ELN-Guerillas (Ejército de Liberación Nacional; deutsch: Nationale Befreiungsarmee) trotz milliardenschwerer Militärhilfe der USA zwar schwächen, aber nicht endgültig besiegen.

Die Guerillas sind auch heute noch in vielen Regionen präsent und aktiv, die für die Bergbau- und Öl-Industrie von elementarem Interesse sind. Dieser Sektor gilt aber dem neuen Präsidenten als „Lokomotive“ für die gesamte Wirtschaftsentwicklung, und die internationalen Konzerne stehen Schlange, um die Bodenschätze Kolumbiens auszubeuten. Die Konzessionen dafür werden großflächig und freizügig vergeben. Doch die Präsenz der Farc- und der kleineren ELN-Guerilla behindern und verhindern weiterhin den ungestörten Abbau der Rohstoffe in etlichen Regionen.

Das ist die Chance und das Gewicht der Farc, um zumindest mit ein paar Verhand-

lungserfolgen im Friedensprozess aus einer bewaffneten Konfrontation mit dem Staat herauszukommen, die auch von ihrer Seite nicht zu gewinnen ist. Sie wird dabei keine wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen durchsetzen können, jedoch einige Zugeständnisse für die ländliche Bevölkerung – ihre Hauptklientel – und insbesondere die eigene Reintegration in das zivile und politische Leben ohne allzu harte Strafen.

Es wird zwar keine Generalamnestie für die Farc geben. Jedoch werden all jene von der Übergangsjustiz (Transitional Justice) profitieren können, die zur Wahrheitsfindung und Aufklärung von Gewalt beitragen. Alternative Strafen soll es geben, Wiedergutmachung soll vor Strafe gehen.

Auch Straftaten und Verbrechen von Militär und anderen staatlichen Organen sollen von der Transitional Justice erfasst und sanktioniert werden. Im Moment werden jedoch Weichen gestellt, die eher den Schutz des Militärs gewährleisten. Die Regierung Santos will die „fueros militares“ – die Militärgerichte – stärken. Von Soldaten begangene Verbrechen sollen vor Militärgerichten verhandelt werden. Das Militär darf also über sich selbst Gericht halten, die zivile und unabhängige Justiz soll außen vor gehalten werden. Das fördert die ohnehin extrem hohe Straflosigkeit.

Zu den mannigfaltigen Verbrechen des Militärs zählt auch das gewaltsame Verschwindenlassen, wie wir es aus den Militärdiktaturen kennen. In den letzten Jahren warfen zudem die vielen extralegalen Hinrichtungen ein besonders düstres Licht auf Kolumbiens Streitkräfte, die sogenannten „falsos positivos“: Zivilisten wurden ermordet, in Militär-Kleidung ge-

steckt und dann der Öffentlichkeit als „im Kampf getötete Guerilla-Kämpfer“ präsentiert. Mit diesen angeblichen Erfolgen („positivos“) in der Guerilla-Bekämpfung wollte die Armee sich positiv in der Öffentlichkeit darstellen. Mindestens 4 475 dieser Morde sind bekannt, gegen 5 137 Armee-Angehörige wird ermittelt, 923 sind bislang verurteilt, davon 862 überwiegend niedere Ränge zu Gefängnisstrafen. Diese große Zahl der Morde stehen in direktem Kontext eines Belohnungssystems innerhalb der Armee: Soldaten erhielten Geldprämien und Ex-

traurlaub für jeden getöteten Guerillero. Die politische Verantwortung für dieses Prämiensystem – also auch für die extralegalen Hinrichtungen – hat letztlich der damalige Verteidigungsminister und heutige Präsident Juan Manuel Santos. Erst nach der internationalen Skandalisierung dieser Morde an Zivilisten wurde das Kopfgeld abgeschafft, das Belohnungssystem abgeschwächt. Ein verantwortlicher General musste den Hut nehmen.

Angriff auf den Friedensprozess von rechts

Doch der aktuelle Friedensprozess wird von rechts torpediert: Der ultrarechte Ex-Präsident Uribe und seine Gefolgschaft sowie Teile des Militärs sind gegen eine Dialoglösung. Sie fürchten um Privilegien und Macht. Für sie sind die Guerillas schlicht Terroristen, die mit aller Härte bekämpft und zerrieben werden müssen. Uribe steht eher für die alten Eliten, reaktionär und knöchern: Großgrundbesitzer und Viehzüchter, die ländlichen Oligarchen und die neureichen Paramilitärs, die es insbesondere durch die massiven Vertreibungen der Landbevölkerung und den Drogenhandel zu Landbesitz, Reichtum und Macht gebracht haben.

Wie einflussreich das Militär und die extreme Rechte sind, haben auch die Präsidentschaftswahlen im Sommer 2014 gezeigt: Präsident Juan Manuel Santos konnte erst im zweiten Wahlgang eine Mehrheit gegen den Mitbewerber der extremen Rechten, Oscar Zuluaga, erringen. Dabei haben sogar Teile der Linken zur Wahl des Konservativen Santos aufgerufen. Ein Wahlsieg der Ultrarechten hätte den Friedensprozess sofort beendet.



Trotz Kriminalisierung viele Proteste, hier in Bogotá



Die Sicherheitskräfte sind selbst oft in Verbrechen verstrickt.



Viele offene Fragen ...

Eine momentan brennende Frage ist, wann und ob die kleinere ELN-Guerilla in den Friedensprozess einbezogen wird. Sie hat in den vergangenen Jahren immer wieder ihre Bereitschaft zum Dialog bekundet, wird jedoch nicht bedingungslos die Waffen niederlegen. Ihre Einflussgebiete liegen mehrheitlich in Regionen mit großen Rohstoffvorkommen wie Öl und Gold, und die ELN sieht sich als Interessensvertreterin der vielen kleinen Bergbauunternehmen – oft Familienbetriebe. Die Regierung hat jedoch viele Konzessionen an Bergbaumultis vergeben – miteinander schwer vereinbare Allianzen. Ein Einstieg in öffentliche Friedensverhandlungen wird laut ELN zurzeit von der Regierung verzögert.

Noch schwerwiegender ist die Frage, was mit den Paramilitärs passieren soll, die weiterhin im Land Oppositionelle, GewerkschafterInnen, Kleinbauernfamilien, Afros und Indigene ermorden und die Zivilbevölkerung terrorisieren. Ihre Strukturen haben sich verändert, ihr Einfluss und ihre Verbrechen sind jedoch nicht weniger geworden. Im Parlament sehen sie sich durch mehr als 30 Prozent vertreten und durchdringen weitere Strukturen von Staat und Gesellschaft. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) hat festgestellt, dass „die Gewalt, die aus dem Fehlen einer effektiven und vollständigen Auflösung der paramilitärischen Gruppen resultiert, sich weiterhin dramatisch auf die Rechte der Bevölkerung Kolumbiens auswirkt.“

Laut der Menschenrechtsorganisation „Somos Defensores“ sind paramilitärische

Gruppen auch für 72 Prozent der Angriffe gegen MenschenrechtsverteidigerInnen im Jahr 2014 verantwortlich.

Teil des Problems ist die mangelnde (Straf-)Verfolgung, also die Straflosigkeit. Sie beträgt nach Angaben verschiedener NGOs bei den meisten Verbrechen über 90 Prozent. Nach Angaben von „Somos Defensores“ beträgt die Straflosigkeit sogar 95 Prozent bei den 219 Morden an MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) zwischen 2009 und 2013.

Eine Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit und der Gegenwart ist eine gigantische Herausforderung, wenn den vielen Opfern und ihren Angehörigen Gerechtigkeit widerfahren soll.

Ihr Anspruch auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung sowie eine Garantie, dass sich die begangenen Verbrechen nicht wiederholen, sind legitim und bedürfen unserer Unterstützung. Diese Aufarbeitung und Neugestaltung der kolumbianischen Gesellschaft wird eine Mammutaufgabe für die kommenden Jahre nach einem formalen Friedensschluss.

Das grundlegende Hindernis für einen dauerhaften Frieden beschreibt der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) in seinem Bericht 2015: „Solange die Ungleichheit nicht angegangen wird, wird Kolumbiens Problem mit den Menschenrechten haben.“

Jochen Schüller ist freier Journalist in Hamburg und hat Kolumbien mehrfach besucht. Von 2003 bis 2013 war er Beauftragter von Brot für die Welt für Öffentlichkeitsarbeit zu Kolumbien und leitete ein Menschenrechtsprojekt. Er ist Mitglied der Kolumbiengruppe Hamburg.



„Sabotage der Farc“

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail anzeigen-zc@dfg-vk.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: zweimonatlich, sechs Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniertung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: Flyer des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg; „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 25. Februar. Die nächste Ausgabe erscheint im Mai, Redaktionsschluss ist der 15. April.

„Remember to resist“ zum Genozid an Roma

Europas vergessener Völkermord im rumänischen Besatzungsgebiet während des 2. Weltkriegs

Von Frank Brendle

Unser Minibus schaukelt über einen staubigen Feldweg in der süd-ukrainischen Steppe. Nach vorne erkennt man kaum mehr als die Staubwolke, die das Vorderfahrzeug aufwirbelt, das uns ins nächste Dorf leitet. An Bord ist eine bunte Truppe aus Ukrainern und Deutschen, Juden, einem christlichen Pastor, einer Romnija und ein paar Atheisten. Es ist Sommer 2015, und wir sind unterwegs im Auftrag des Bildungswerks für Friedensarbeit der Berliner DFG-VK. Unsere Mission: Erkunden, wie es um die Erinnerung an die Deportationen von Roma bestellt ist, die während des Zweiten Weltkrieges aus Rumänien hierhin, in das sogenannte Transnistrien rund um die Hafenstadt Odessa, verschleppt wurden. („Transnistrien“ meint hier das zwischen 1941 und 1944 rumänisch besetzte Gebiet zwischen den Flüssen Dnestr und Bug; nicht zu verwechseln mit der im Westen ebenfalls mit „Transnistrien“ transkribierten Mochtegern-Republik des von Moldau abtrünnigen „Pridnestrowje“.) Mindestens 25 000 Roma wurden deportiert, mindestens die Hälfte von ihnen ist in Transnistrien gestorben. Wir beginnen unsere Recherchen dort, wo sie gestorben sind, und reisen dann den Weg ihrer Deportation quasi zurück, über Moldau nach Rumänien.

Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gehören zu den wichtigsten Bestandteilen des Projektes, das im Wesentlichen vom Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der EU und der Stiftung Erinnerung-Verantwortung-Zukunft (EVZ) finanziert wird. Die alten Leute haben nicht vergessen. Wir sprechen mit Roma, die deportiert wurden, und mit Rumänen, Moldauern und Ukrainern, die Zeugen waren. Wir sprechen mit Juden, die ein ähnliches Deportationsschicksal erlitten hatten.

In der Kleinstadt Beresowka hat Maxim, evangelischer (!) Pastor und unser Projektpartner vom „Planet guter Menschen“, uns mit mehreren alten Roma zusammengebracht. Sie selbst waren als einheimische Roma nicht von den Verfolgungen betroffen. Genauer gesagt: Meist nicht. Es konnte aber durchaus vorkommen, dass deutsche oder rumänische Truppen beim Vormarsch oder Rückzug auf „Zigeuner“

schossen. Ansonsten ist die Suche nach Zeitzeugen kaum planbar. Wir fragen alte Menschen, die uns Hinweise auf andere alte Menschen geben. Wenn wir gar keine Spur haben, lassen wir uns von den Häuptern der örtlichen Roma-Community bzw. der Dorfverwaltung beraten. So klingeln wir eines Sonntags die Bürgermeisterin einer kleinen Ortschaft am Bug aus dem Haus. Der Fluss bildete damals die Grenze zwischen dem rumänisch besetzten Reichskommissariat Ukraine. In Kittelschürze geleitet uns die Bürgermeisterin durchs Dorf, zu einer 89jährigen Ukrainerin. „Oma Nina“, so wird sie uns vorgestellt, berichtet darüber, wie es den Roma ging, die von 1942 bis 1944 in ihr Dorf gebracht worden waren. Die Leute erzählen gerne. Wir kommen ausnahmslos ohne Vorwarnung, plätzen einfach hinein in Haus und Hof, aber die Leute nehmen sich meist die Zeit, uns zu berichten.

Während die Erinnerungen von Jüdinnen und Juden häufig schriftlich dokumentiert sind und eher Eingang in die kollektive Erinnerung gefunden haben, ist der Genozid an Roma wie ein weißer Fleck auf der geschichtspolitischen Landkarte.

„Wir waren's nicht!“

In Rumänien ist erst seit rund zehn Jahren anerkannt, dass das Land als Bündnispartner Nazi-Deutschlands überhaupt am Völkermord beteiligt war. Und immer noch gibt es Ewiggestrige, die behaupten, Rumänien habe damit doch gar nichts zu tun – schließlich liege Transnistrien ja außerhalb der Landesgrenzen. Auf internationalen Druck wurde 2004 die sogenannte Eli-Wiesel-Kommission zur Erforschung des Holocaust in Rumänien eingerichtet, und ein gleichnamiges Forschungsinstitut in Bukarest arbeitet nun mit staatlichen Mitteln.

In Moldau, dem damaligen rumänisch beherrschten Bessarabien, und in der Ukraine selbst ist es um die Erinnerung noch schlechter bestellt. „Gehen Sie raus und fragen Sie die Leute, was sie über den Holocaust wissen. Es wird kaum einer etwas sagen können“, sagt uns Irina Schichowa, Leiterin des jüdischen Museums in

Chişinău. In den Schulbüchern findet sich so gut wie nichts zum antisemitischen Massenmord, geschweige denn zur Deportation von Roma. Und wenn, werden die Täter häufig als von außerhalb kommend verortet. Also „Fremde“, so dass man über etwaiges Verschulden der „eigenen“ Leute nicht nachdenken muss.

In der Ukraine ist es auch nicht besser um die Erinnerung bestellt: Das Parlament hat zwar schon vor ein paar Jahren einen offiziellen Gedenktag für den Massenmord an Roma beschlossen, er wird aber praktisch nicht umgesetzt. Für die Zivilgesellschaft sei es eine wichtige Aufgabe, diese Lücke zu füllen, sagt uns Mikhail Tyaglyy vom Zentrum für Holocaustforschung in Kiew. Am dringlichsten sei es, die Stätten von Massenmorden zu kennzeichnen: „Erinnerung braucht konkrete Orte.“

Während es in Bukarest zwar seit 2009 ein Holocaust-Mahnmal gibt, dessen Rückseite auch an die Ermordung von Roma erinnert, fehlt es in der Ukraine an solchen „offiziellen“ Erinnerungszeichen. Wir sind in etlichen Dörfern in der Nähe des Bug, und wir wissen aus Dokumenten der rumänischen Gendarmerie: Es hat hier Ghettos für Roma gegeben. Aber wo genau, in welcher Straße – das wissen allenfalls noch die 80-90jährigen. Es wurde nie aufgeschrieben, und es wurde, merken wir, auch mündlich kaum etwas weitergegeben. „Oma Nina“ weiß es noch genau, weil Roma-Familien damals in das Haus ihrer Familie gepresst wurden (die wiederum bei Verwandten unterschliefen musste).

Viorel Achim, einer jener wenigen rumänischen Historiker, die sich mit der Geschichte der Roma befassen, erzählt uns in Bukarest: Roma seien in Rumänien, anders als im Deutschen Reich, in aller Regel nicht als „fremde Rasse“, sondern als „eigene“ Leute angesehen worden, die allenfalls einen anderen Lebensstil pflegten – und, was nicht unwichtig ist: bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts Sklaven waren. Erst in den 1930er Jahren hätten führende rumänische Intellektuelle und Politiker die nazideutschen Vorstellungen von „Rassenhygiene“ und „Eugenik“ aufgegriffen. Marschall Antonescu, seit Anfang 1940 unangefochtener Diktator, sah „Zigeuner“ als Gefahr für die Reinheit des rumänischen Blutes. Die Besetzung Transnistriens, des

Landstriches zwischen den Flüssen Dneestr und Bug, gab Rumänien die Gelegenheit, die unerwünschten Bevölkerungsteile loszuwerden. Im Sommer 1941 begannen zunächst die Deportationen von insgesamt 130000 bis 145000 Juden, von denen weit über die Hälfte in Transnistrien oder auf dem Weg dorthin starben.

Im Jahr darauf gab Antonescu die Order, die rumänischen Roma in einer Volkszählung zu erfassen und dabei zu kennzeichnen, wer als „gefährlich“ oder „sozial schädlich“ galt. Markiert wurden alle nomadisierenden Roma und von den Sesshaften jene, die beispielsweise eine Vorstrafe hatten oder die arbeitslos waren. Die Kriterien waren vage und gaben der örtlichen Gendarmerie großen Spielraum. Die Deportationen erfolgten in zwei Wellen: Im Frühjahr 1942 wurden die nicht sesshaften Roma deportiert. Sie fuhren in ihren eigenen Wagen, die ihnen in Transnistrien häufig weggenommen wurden. Damit war



Das Logo von „remember to resist“

auch alles weg, was sie zum Leben brauchten: Erspartes, Goldmünzen, Kleidung, der ganze Hausrat, das Obdach.

Am Ende des Sommers 1942 kamen über 13000 für „unerwünscht“ erklärte sesshafte Roma an die Reihe. Diese Zahlen sind die offiziell bekannten, tatsächlich waren es erheblich mehr. Nur die wenigsten wurden in Häusern untergebracht. „Sie hatten uns Land und Vieh versprochen. Aber als wir ankamen, war da nichts“, erzählen uns Überlebende in einem Dorf nahe Sibiu (Hermannstadt), Rumänien. In einer Siedlung im rumänischen Galați, nahe der Donaumündung, treffen wir gleich auf mehrere Kesselflicker, die

in Transnistrien waren: Die einen wurden in Ställen untergebracht, andere in Hütten, die in die Erde hineingetrieben worden waren.

Manche erhielten Arbeit und ein Minimum an Lebensmitteln, die meisten aber wurden sich selbst überlassen: Sie blieben ohne Nahrung, ohne Heizmaterial. Sie hatten kaum die Möglichkeit, sich oder ihre Kleidung zu waschen. Sie tauschten, was sie besaßen, gegen Lebensmittel, bis sie nur noch hatten, was sie am Körper trugen. Typhus-Epidemien rafften Tausende dahin. Alle Überlebenden schildern, dass fast alle ihre Geschwister verhungert, erfroren oder an Typhus gestorben sind.

Europäische Dimension

Bei einer Reihe von Veranstaltungen wird die europäische Dimension dieses Völkermordes aufgezeigt, dessen größter Anteil zweifellos von deutscher Seite kam.

Am nationalen Holocaust-Gedenktag Rumäniens, dem 9. Oktober, folgten an die 100 Gäste der Einladung zu Vorträgen ins Gewerkschaftshaus von Sibiu. In Berlin kamen anlässlich des Gedenktages für die NS-Opfer Ende Januar 50 Menschen zusammen. Zwar ist in Deutschland die Erinnerung an den Genozid wohl weiter verbreitet als in Osteuropa, aber dass,

wie der Historiker Martin Holler darlegte, die Einsatzgruppen der SS in der besetzten Sowjetunion auch systematische Mordaktionen gegen „Zigeuner“ durchführten, gehört wohl nicht zum Allgemeinwissen. Aus Bukarest war der Soziologe Adrian-Niku Furtuna gekommen, selbst Rom, der über die Erinnerungskultur der Roma referierte. Der Faschismus-Forscher Wolfgang Wippermann schlug den Bogen zur Gegenwart, indem er auf die rigorose, antiziganistisch aufgeladene Ablehnung von Asylsuchenden aus den Balkanstaaten hinwies.

Denn auch das gehört zum Projekt: Die Frage nach dem gegenwärtigen Le-

bensalltag von Roma und dem Fortbestehen rassistisch-antiziganistischer Ressentiments. Die Erinnerung an die Geschichte soll insofern dazu dienen, heutige Formen von Diskriminierung zu erkennen und ihnen widerstehen zu können. Daher der Projekttitle „remember to resist“.

Diskriminierung gibt es in allen Ländern reichlich. In Beresovka erzählt uns ein Rom, dass der örtliche Schuldirektor sich monatelang geweigert hat, seine Tochter einzuschulen – weil diese keine Papiere hatte. In diesem Fall setzte sich der Rom aber erfolgreich für das Recht seiner Tochter auf Bildung ein. Das ist selten genug. Unser Partner Maksim kümmert sich seit Jahren darum, die Roma bei Behördengängen zu unterstützen, damit sie zunächst einmal Personalausweise erhalten. Ärzte, erzählt er uns, versuchten häufig, den wohlhabenderen unter den Roma Medikamente oder Behandlungen zu überhöhten Preisen anzudrehen. Wer nichts hat, dem kann es dagegen passieren, dass auch im Notfall stundenlang kein Krankenwagen kommt.

In Moldau sprechen wir mit einer Rechtsanwältin, die in der staatlichen Antidiskriminierungsbehörde arbeitet. Sie schildert uns die mal mehr, mal weniger subtilen Formen der Diskriminierung, angefangen von strenger Segregation und Benachteiligung von Roma-Kindern in Schulklassen bis zur Weigerung, Roma-Familien Festräume zu vermieten. Im Prinzip kann die Behörde Strafen aussprechen – in der Praxis sei es allerdings so, erzählt die Anwältin, dass betroffene Roma sich meist vor einer Anzeige scheuen, aus Furcht vor noch ärgerer Diskriminierung.

Dazu mag kommen, dass Roma subjektiv nicht durchgehend Benachteiligung wahrnehmen. So schildern fast alle unsere Gesprächspartner in Rumänien das Verhältnis zwischen ihnen und Rumänen als komplikationslos. Dabei zeigen die Umfragewerte keinen geringeren Antiziganismus als in Deutschland, und die Wohnsituation zahlreicher Roma-Familien ist auf den ersten Blick deutlich schlechter als die („ethnischer“) Rumänen.

Kein Raum für Erinnerung

Nahe Beresowka stehen wir eines Tages unvermittelt vor dem Haus einer „Volksdeutschen“, die zu besuchen uns geraten worden war. Sie bittet uns – acht Fremde – ohne weitere Umstände ins Haus und probt an uns ein paar Worte auf Deutsch aus. Danach gibt es einen Teller Borschtsch für alle. Rund 130000 deutsche Siedler wohnten früher in Transnistrien. Viele schlossen sich 1941 dem „Volks-

deutschen Selbstschutz“ der SS an und verübten grausame Morde vor allem an Juden. Die Naziführung beklagte sich aber auch über den aus ihrer Sicht zu geringen rassistischen Eifer der Minderheit. Die alte Frau, die ihr eigenes Deportationsschicksal erlebt hat (nach Sibirien) schildert uns, wie sie 1941 vor ihrem Haus eine Kolonne von Juden vorbeiziehen sah. Am Rand des Dorfes wurden sie erschossen. Sie führt uns an die Stätte des Massakers, an der schlichtweg nichts ist. Vor Jahren hat sie der Gebietsverwaltung vorgeschlagen, ein Denkmal zu errichten. „Sie haben nicht einmal geantwortet“. Ihr Großvater habe damals ein jüdisches Mädchen versteckt, sagt sie. Ob er jemals von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt wurde, wollen wir wissen. „Ach was“, winkt sie ab, davon habe doch in der Sowjetunion niemand etwas wissen wollen. Das Spezifikum dezidiert antisemitischer bzw. antiziganistischer Mordaktionen wurde in der sowjetischen Geschichtspolitik stets hinter den Topos „friedlicher sowjetischer Bürger“ gestellt.

Und auch die heutige Ukraine hat ihre ganz spezielle geschichtspolitische Programmatik, da ist für das Schicksal einer kleinen, ohnehin verachteten Minderheit kein Platz, und für das Aufwerfen von Fragen nach Kollaboration schon gar nicht. Nationalistische Kräfte, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in wechselnder Intensität mit den Nazis sympathisierten bzw. kollaborierten, erfreuen sich heute aufgrund ihrer antisowjetischen Einstellung des Rufs als Nationalhelden. Dabei ist längst nicht jeder, der etwa die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) oder deren Idolfigur Stepan Bandera verteidigt, ein Rechtsextremist. In Odessa verteidigt ein junger Jude, bei dem wir wohnen, Bandera, weil der doch „für eine freie Ukraine“ gekämpft habe. „Ja, auch frei von Juden“, entgegnete wir. Die Verwirrung ist nahezu überall greifbar. „Früher haben sie uns erzählt, Bandera sei ein Bandit, heute erzählen sie uns, er sei ein Held“, klagt eine Lehrerin in Bershad, dessen Shtetl 1941 von den Nazis zerstört worden war. Der Stand des Geschichtsbewusstseins in der Ukraine ist miserabel. Kritische Bücher über Bandera und die OUN gibt es praktisch nur auf Englisch oder Deutsch.

Was Moldau angeht, hält das Ringen um die Deutungshoheit zwischen „rumänischen“ Großrumänien-Befürwortern, die kein schlechtes Wort über die Antonescu-Diktatur hören wollen, und „moldowanistischen“ Fraktionen bis heute an, und beide sind so sehr mit ihrer ethnischen Interpretation von Geschichte und Gegen-

wart beschäftigt, dass sich keiner für Juden und Roma interessiert.

Genauer gesagt: Fast keiner. Wir stoßen aber überall auf Ansätze einer sich entwickelnden Erinnerungspolitik. In Rumänien hat sich diese, wie schon erwähnt, nicht zuletzt unter dem Druck der EU entwickelt.

In Moldau bemüht sich Ion Duminița, selbst Rom, im Zentrum für Ethnologie der Akademie der Wissenschaften seit Jahren um entsprechende Forschungen. Kristina Raducan fördert im Rahmen ihrer Frauenorganisation „Stimme der Romnija“ auch die Erinnerung an die Geschichte. Irina Schichowa vom Jüdischen Museum in Chisinau thematisiert in Sonderausstellungen auch die Verfolgung von Roma. Aus ihrer Sicht gibt es eine „gemeinsame Holocaust-Geschichte“ von Juden und Roma. Maksim Dschum, der Pastor aus Odessa, kam über sozialarbeiterische Tätigkeiten mit Roma-Familien dazu, sich mit ihrer Geschichte zu beschäftigen. Niko Rergo, Nachfahre deutscher Sinti, die vor 200 Jahren in die Ukraine gingen, leitet heute den Roma-Kongress des Verwaltungsbezirks Odessa und bemüht sich mit extrem magerer Förderung durch ukrainische Behörden darum, die Deportationsorte kartographisch zu erfassen.

Erinnerungsprojekt

Unser Projekt bringt diese Akteure mit den Jugendlichen zusammen und leistet für die Erinnerungsarbeit einen kleinen Beitrag. Im Frühjahr 2016 werden wir wieder kommen – mit je zwei jugendlichen Roma bzw. Sinti aus Deutschland, Rumänien, Moldau und der Ukraine werden wir Zeitzeugen begegnen, Experten interviewen, zivilgesellschaftliche Akteure treffen. Wir werden die – wenigen – Erinnerungszeichen besuchen und die Lücken der Erinnerung ausmachen, wir besichtigen die Orte, an die Roma deportiert wurden. Am Ende des Projektes wird eine Ausstellung erarbeitet, die in Berlin, Bukarest, Chisinau und Odessa gezeigt wird. Zu den Vernissagen gibt es jeweils Infoveranstaltungen, bei denen die Jugendlichen vom Projekt und den Ergebnissen berichten. Die jungen Roma sollen Akteure sein, die sich diesen Teil ihrer Geschichte selbst aneignen.

Frank Brendle ist **ZivilCourage**-Redakteur und aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin/Brandenburg. Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter www.facebook.com/rememberto resist/

Trauer um Andreas Buro



Am 19. Januar starb im Alter von 87 Jahren Andreas Buro an einem schweren Krebsleiden. Der „streitbare Pazifist“, „Vater der Ostermärsche“ und „Vordenker der Friedensbewegung“ war in den 1950er Jahren Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), einer der Vorläuferorganisationen der DFG-VK, geworden. 1980, dem Jahr, in dem er ordentlicher Professor für internationale Politik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main wurde, gehörte er maßgeblich zu den Gründern des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dessen friedenspolitischer Sprecher er bis zuletzt war.

Namens der DFG-VK kondolierte Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer der Familie Buros, seiner Lebensgefährtin und seinen Kindern, u.a. mit diesen Worten: „Ich habe Andreas am letzten 1. Dezember besucht. Er hat mir lebendig und ausführlich von euch erzählt. Seine Liebe und sein Verantwortungsgefühl für euch waren deutlich zu spüren – auch, wie sehr er sich von euch getragen fühlte.“

Als Student hatte ich das Privileg, an einem seiner Seminare teilzunehmen. Andreas war ein hervorragender und leidenschaftlicher Pädagoge. Dies war sicher einer der Gründe für sein vorbildliches Friedensengagement. Seine jahrzehntelange, kontinuierliche Arbeit im Komitee für Grundrechte und Demokratie, die hohe Qualität und Überzeugungskraft seiner unzähligen Stellungnahmen, Dossiers und Leserbriefe, sein Differenzierungsvermögen, auch seine Frustrationstoleranz werden uns immer ein großes Vorbild bleiben.

Wir werden Andreas sehr vermissen. Die Friedensbewegung betrauert einen unermesslich großen Verlust.“

Immer noch und immer wieder lesenswert sind diese Bücher des Verstorbenen:

Gewaltlos gegen Krieg. Erinnerungen eines streitbaren Pazifisten. Frankfurt am Main 2011; Totgesagte leben länger. Die Friedensbewegung. Von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung. Idstein 1999

Anklagevorwurf: Staatsverrat

Solidarität mit dem ukrainischen Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba

Von Cornelia Mannewitz



hen schilderte. Am 17. Januar 2015 hatte er dann auf YouTube eine Videobotschaft an den ukrainischen Präsidenten veröffentlicht. Titel: „Ich verweigere mich der Mobilisierung“. Gerade lief die vierte Welle der Aushebung für die militärische Bekämpfung der „Separatisten“. Kotsaba erklärte, keinen Einberufungsbefehl entgegennehmen zu wollen, rief auch andere dazu auf, sich zu verweigern, nannte die Kämpfe im Osten der Ukraine statt

Ruslan Kotsaba sitzt seit einem Jahr im Gefängnis der ukrainischen Stadt Iwano-Frankiwsk. Der Journalist und Blogger war wohl schon früher aufgefallen, zum Beispiel als Kritiker der Kommunalpolitik und als einziger bei der „Volksrepublik Lugansk“ akkreditierter ukrainischer Berichterstatte, der noch dazu seine Erlebnisse dort auch im russischen Fernseh-

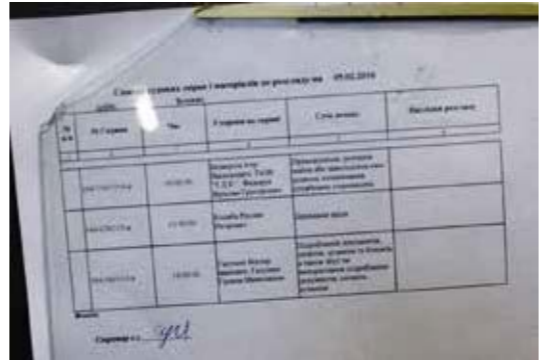
„Anti-Terror-Operationen“ Bürgerkrieg und Brudermord und riet dem Präsidenten, sich lieber um die Wirtschaftsmisere im Lande zu kümmern. Diesmal reagierte die Staatsmacht dünnhäutig und nahm ihn fest. Die Anklage lautet auf Staatsverrat.

Dass er nach wie vor zu seinen Überzeugungen steht, konnten wir am 5. Februar 2016 von ihm selbst hören. Mitglieder der Arbeitsgruppe, die nach dem Beschluss auf dem DFG-VK-Bundeskongress im letzten Jahr gegründet wurde, waren vor Ort: Hannelore, Gerit, Frank, Cornelia, dazu ein Rostocker IPPNW-Mitglied. An diesem Verhandlungstag hatte Kotsaba zum ersten Mal die Möglichkeit, selbst auszusagen. Er argumentierte, agitierte, provozierte – er ist ungeboren. In einer mehr als zweistündigen Rede nahm er seine Anklageschrift auseinander, stellte Fakten gegen Interpretationen der Staatsanwaltschaft, erläuterte seine journalistische Arbeit und bezeichnete sich als überzeugten Pazifisten. Kotsaba: „Ich war im Osten auch im

Niemandsland. Das ist dort, wo sich jeder zu Boden wirft, sowie er nur jemanden mit einer Waffe sieht. Ein Menschenleben kostet dort gerade einmal eine Patrone.“; „Eine russische Sendung antiukrainischen Inhalts? Ich war nur per Skype zugeschaltet. Aber vielleicht sehen die Staatsanwälte ja mehr russisches Fernsehen?“, „Es gibt in Europa Erfahrungen mit friedlichen Lösungen für Separationsbewegungen. Warum nutzt man die bei uns nicht?“

Völlig klar, dass das politische Aussagen sind, mit denen man sich aber nicht auseinandersetzen will und sie daher in einem Kriminalprozess verhandelt. Gut möglich auch, dass man in der Person Kotsabas die allgemeine Kriegsunwilligkeit der ukrainischen Bevölkerung aburteilen will. In jedem Fall: eine gute Gelegenheit, einem Unbequemem das Maul zu stopfen. Erschwerend kommt hinzu, dass das alles in einer eher beschaulichen Gegend im Karpatenvorland stattfindet, wo viele von dem Fall gar nichts wissen oder nichts wissen wollen, und einen Menschen trifft, der mit seiner Geradlinigkeit ein leichtes Opfer ist.

Umso größer ist unsere Aufgabe. Im Gerichtssaal konnten wir kurz durch die Glasscheibe seines Käfigs mit Kotsaba sprechen, eine Stellungnahme des BSK (siehe Kasten) an Medienvertreter geben und einige Sätze für das lokale Fernsehen sagen. Wir haben eine komplette Videoaufnahme der Verhandlung (man darf dort im Gericht filmen). Wir konnten mit seiner Anwältin, Tetjana



Auf der Tagesordnung zwischen Dokumentenfälschung und Bereicherung im Amt: Ruslan Kotsaba, Staatsverrat

Montjan, und mit seiner Frau reden und uns über ihre Sicht auf den Stand des Prozesses informieren, aber auch über Schikanen gegenüber der Familie: Bei der Hausdurchsuchung vor einem Jahr wurde das gesamte Spargeld konfisziert – es hätte ja russisches Bestechungsgeld dabei sein können ... Connection e.V. verbreitete noch am selben Tag eine Pressemitteilung mit unserem Bericht. Zeitgleich fand in Berlin vor der ukrainischen Botschaft eine Mahnwache statt – ein Teil der internationalen Solidarität mit Ruslan Kotsaba, die sich schon in Unterstutzerpost aus 14 Ländern und einem Brief von 34 Europaparlamentariern manifestiert hat.

Die Arbeitsgruppe wird sich nun überlegen, wie wir als DFG-VK weiter wirksam werden können. Ideen wie eine Veranstaltungsreihe und die Einbindung von Politikern und Menschenrechtsorganisationen stehen im Raum. Der Prozess wird noch dauern, deshalb ist es auch wichtig, dass noch mehr Mitglieder an Ruslan Kotsaba schreiben (<http://www.connection-ev.org/ruslankotsaba-form>) und dass an noch mehr Standorten Aktionen stattfinden. Er braucht weiterhin Öffentlichkeit. Wir setzen uns damit auch für mehr ein als für einen einzelnen Kriegsdienstverweigerer. Ein Erlebnis am Rande mag das illustrieren: Nach Iwano-Frankiwsk fliegt man

über Kiew. Dort hatten wir ein paar Stunden Zeit und sahen nach, was aus dem Majdan geworden ist. Überall Ruhe und Ordnung und Stellwände voller Militärwerbung: „Die ukrainische Armee rettet, schützt, hilft!“ Mit Spendendosen wird einem hinterhergelaufen. Nein, danke. Nicht für eure Kriegspolitik!

Cornelia Mannewitz ist DFG-VK-Bundes-sprecherin.



Das Gericht in Iwano-Frankiwsk



Blick in den Gerichtssaal, rechts „im Glaskasten“ der Angeklagte Ruslan Kotsaba

Pressemitteilung, 5. Februar 2016 Freiheit für Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine!

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) wünscht der Ukraine eine gute und gedeihliche Entwicklung. Wir hoffen, dass in Ihrem Land bald Frieden herrscht und eine demokratische Gesellschaft weiter aufgebaut werden kann. Das Verfahren gegen Ruslan Kotsaba erfüllt uns deswegen mit Sorge, weil wir glauben, dass es einer demokratischen Entwicklung abträglich ist. Als Pazifistinnen und Pazifisten fühlen wir uns mit Menschen, die es ablehnen, Waffen auf andere Menschen zu richten, besonders verbunden. Deswegen bedauern wir es, dass die Regelungen zur Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine ausgesprochen restriktiv sind und mit wenigen Ausnahmen Männern, die der Wehrpflicht unterliegen, keine legale Möglichkeit einräumen, den Militärdienst zu verweigern. Ebenso besorgt sind wir über den Vorwurf gegen Ruslan Kotsaba, er habe Hochverrat begangen, und über den Vorwurf der Behinderung der Streitkräfte. Mit seiner Verhaftung sehen wir das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verletzt, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit seinem Urteil vom 7. Juli 2011 als Ergebnis des Artikels 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention ansieht (Application 23459/03). Auch sein Aufruf an ukrainische Männer, ihrer Einberufung nicht zu folgen, darf in einer demokratischen Gesellschaft keine Strafverfolgung nach sich ziehen. Zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung sollte vielmehr das Recht gehören, auch andere zur Kriegsdienstverweigerung aufzurufen. Auch wenn man eine Meinung nicht teilt, muss es in einer Demokratie doch erlaubt sein, diese Meinung frei zu äußern. Denis Krivosheev, stellvertretender Europa-Direktor von Amnesty International, hat anlässlich einer Anhörung im Europaparlament am 26. Januar 2016 die sofortige und bedingungslose Freilassung von Ruslan Kotsaba gefordert. Amnesty International sieht in der Verfolgung von Ruslan Kotsaba eine massive Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit. Auch der Europarat zeigte sich unlängst besorgt über die Einwirkung der Menschenrechte in der Ukraine und mahnte Bemühungen zur Einhaltung an. Wir maßen uns nicht an, dem Gericht Ratschläge zu erteilen, wie es ukrainisches Recht anwenden sollte. Gleichwohl möchten wir zum Ausdruck bringen, dass das Verfahren gegen Ruslan Kotsaba in der deutschen Öffentlichkeit Besorgnis über die politische Richtung erweckt, welche die Ukraine einschlägt. Eine sofortige Entlassung von Ruslan Kotsaba aus der Haft und die Einstellung des Verfahrens wären aus unserer Sicht auch eine gute Entscheidung im Sinne der ganzen Ukraine.

(Ukrainische Version)
Прес-реліз Федерального кола представників Німецького товариства миру-Об'єднаних противників військової служби (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen – DGF-VK –)
Німецьке товариство миру-Об'єднані противники військової служби бажає Україні доброго й успішного розвитку. Ми надіємося, що скоро в Вашій країні буде панувати мир і далі може будуватися демократичне суспільство. Процес проти Руслана Коцаби заповнює нас тривогою, тому що ми вважаємо, що він може наносити збиток демократичному розвитку країни. Як пацифісти, ми відчуваємо себе особливо пов'язаними з людьми, які не хочуть направляти зброю на інших людей. Тому ми шкодуємо, що правила для відмови від військової служби в Україні носять у високій мірі обмежувальний характер і, за винятком дуже небагатьох випадків, чоловікам, які підлягають військовому обов'язку, не надають легальної можливості відмовитися від військової служби. Також нас тривожить звинувачення Руслана Коцаби в державній зраді й у перешкоджанні законній діяльності Збройних Сил. Ми вважаємо, що його арешт було порушено право людини на відмову від військової служби, яке Європейський суд з прав людини своїм рішенням від 7 липня 2011 року визнав результатом статті 9 Конвенції про захист прав людини і основоположних свобод (Application 23459/03). Його заклик до українських чоловіків не слідувати призову також не має в демократичному суспільстві тягнути за собою кримінальне переслідування. Більше того, ми вважаємо, що до права на відмову від військової служби повинно належати й право закликати інших до відмови від військової служби. Навіть якщо не поділяють думку, треба, щоби у демократичній країні цю думку можна було вільно висловити. Денис Кривошеєв, заступник директора програми Amnesty International по Європі, з приводу слухання в Європейському парламенті 26 січня 2016 року вимагав негайного й безумовного звільнення Руслана Коцаби. Amnesty International бачить у переслідуванні Руслана Коцаби масивне обмеження права на свободу слова. Недавно й Рада Європи висловила стурбованість розвитком прав людини в Україні й закликав до зусиль для дотримання цих прав. Ми не беремо на себе сміливість давати поради судові, як застосовувати українське право. Однак хочемо виразити, що процес проти Руслана Коцаби в німецькій громадськості викликає занепокоєння тим політичним напрямом, який бере Україна. Негайне звільнення Руслана Коцаби з ув'язнення й припинення провадження у його справі з нашої точки зору були би й добрим рішенням на користь всієї України.

20. DFG-VK-Bundeskongress
Antrag 10
Der Bundeskongress möge beschließen:
Solidarität mit Ruslan Kotsaba
Sofortige Freilassung des westukrainischen Anwalts und Kriegsdienstverweigerers
Antragsbegründung:
Vor dem Hintergrund eines Waffenstillstands in der Ostukraine, der seit Anfang September zwischen Männern für den Krieg in der Ostukraine in diesem Jahr stattfand, ist es wichtig, als viele Ukrainer können mit dem Fall Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.
Die Bevölkerung leidet den Krieg zum großen Teil ab, sehr viele Ukrainer können mit dem Fall Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.
Durch uns ist heute nur ein Prozess in der Ukraine bekannt, der offen den Kriegsdienstverweigerer und auch andere aktiv, nicht an die Front zu gehen. Ruslan Kotsaba, Journalist aus dem westukrainischen Iwano-Frankiwsk, verweigerte Mitte Januar 2015 aus der Ukraine geflüchtet, wie gehen zu Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.
Die Bevölkerung leidet den Krieg zum großen Teil ab, sehr viele Ukrainer können mit dem Fall Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.
Durch uns ist heute nur ein Prozess in der Ukraine bekannt, der offen den Kriegsdienstverweigerer und auch andere aktiv, nicht an die Front zu gehen. Ruslan Kotsaba, Journalist aus dem westukrainischen Iwano-Frankiwsk, verweigerte Mitte Januar 2015 aus der Ukraine geflüchtet, wie gehen zu Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.
Die Bevölkerung leidet den Krieg zum großen Teil ab, sehr viele Ukrainer können mit dem Fall Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.
Durch uns ist heute nur ein Prozess in der Ukraine bekannt, der offen den Kriegsdienstverweigerer und auch andere aktiv, nicht an die Front zu gehen. Ruslan Kotsaba, Journalist aus dem westukrainischen Iwano-Frankiwsk, verweigerte Mitte Januar 2015 aus der Ukraine geflüchtet, wie gehen zu Kotsaba, der die ukrainische Präsidenten Petro Poroschenko von seinen Maßnahmen zu unterstützen, als viele der Konflikte in der Ostukraine in eine ruhige Phase.

Aufstehen und gemeinsam handeln!

Denkschrift zur Erneuerung des politischen Pazifismus

Von Tobias Damjanov und Heinrich Häberlein

Der Pazifismus der DFG-VK verlangt dauerhaftes politisches Handeln mit dem Ziel, Bedingungen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung zu schaffen“, heißt es im aktuellen Programm der DFG-VK. Diese Denkschrift zielt darauf, aus diesen Worten Taten werden zu lassen.

Aufstehen!

Bei allen Einzelerfolgen, bei allen tapferen Bemühungen: Gemessen an ihren Zielen und Ansprüchen liegt die DFG-VK darnieder. Der übergroße Teil ihrer Mitglieder ist, verbandsbezogen, inaktiv; es ist nicht verstanden worden, die vergleichsweise einmalige emanzipatorische Paarung von Individualismus (der individuelle Akt der KDV) und gemeinsamem Politikverständnis (politischer Pazifismus statt Gessinnungspazifismus) nach Abschaffung von Anhörungsverfahren und Aussetzung der Wehrpflicht auch nur annähernd adäquat weiter zu entwickeln; dem Epochenwandel von 1989/90, der mehr Krieg und Elend hervorgebracht hat als zuvor, hat die DFG-VK bis heute keine Neubestimmung ihres politischen Pazifismus als Antwort entgegengesetzt.

Aufstehen für eine neue Radikalität des politischen Pazifismus

Wir haben Sachkompetenz und Überzeugungskraft. Was wir uns erobern müssen, sind Medienrelevanz, Deutungshoheiten, unsere Alleinstellungsmerkmale – kurz: eine Politikbefähigung des Gesamtverbandes, die sich nicht über Einzelprojekte und -personen, sondern über ein Gesamtverständnis des Gesamtzieles (WRI-Grundsatzklärung und Programm der DFG-VK) definiert und so auch praktiziert wird.

Wir wollen das gut Begonnene fortführen. Aber dazu müssen wir aus dem Alltagsrott heraustreten, die über Jahre eingefahrenen Aktionsroutinen kritisch überdenken, uns bewusst machen, was fehlt: Was heißt es heute, politischer Pazifist zu sein? Unser bisheriger politischer Pazifismus ist weitgehend veraltet. Wo sind unsere Antworten auf eine Welt, die fast nur noch von Verteilungskämpfen kapitalistischer „Global Player“ bestimmt wird? Wie-

so entwerfen wir nicht mit aller Kraft und Fantasie die Alternative der anderen Welt, die sich von Kriegen und zerstörerischer Gewalt lossagen kann? Wir haben Sachkompetenz, wir haben Überzeugungskraft. Wenn wir dafür radikal aufstehen, können wir daraus eine neue Qualität des politischen Pazifismus entstehen lassen.

Aufstehen gegen die Entmutigung

Als auch KDV-Organisation hat die DFG-VK einen unschlagbaren Erkenntnisvorteil: Tausende haben sich dank der politisch-pazifistischen Unterstützung des Verbandes nicht entmutigen lassen und haben, zum Teil gegen nachgerade bizarre Umstände bis hin zu Berufsverboten geradlinig und aufrecht jeder Diskriminierung widerstanden. Dazu haben wir beigetragen – und dazu müssen wir auch jetzt wieder beitragen! Politischer Pazifist zu sein ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Das müssen wir, das muss die DFG-VK, neu lernen zu vertreten – öffentlich, ständig, überall.

Denn das ist notwendiger denn je, weil unsere politischen Gegner, die Kriegsbeifürworter und -verharmloser, raffinierter geworden sind, um Meinungen zu manipulieren und Fakten, Kriegsursachen, zu verschleiern. Ihr könnt doch eh nichts machen, lautet die Botschaft der permanenten Entmutigungsabsicht. Das müssen wir entkräften, enttarnen, enttäuschen – aber mit Mitteln und Methoden von heute. Statt wie gewünscht nur zu jammern, wie wenig wir ernst- und wahrgenommen werden, sollen wir sehen, welche Potenziale es gibt: Die riesigen Demonstrationen gegen Pegida und andere Umtriebe, die bürgerliche Mitte immer näher an den rechts-extremen Rand zu führen, wie auch der breite Aufstand gegen Flüchtlingshasser zeigen beispielhaft, wie viele Menschen sich nicht entmutigen lassen. In und mit diesen Solidaritätsbewegungen muss es Aufgabe der DFG-VK sein, die Kriegsursachen, die wir erkennen und beseitigen wollen, auch als die Ursachen zu entlarven, die so vielen Menschen keine andere Überlebenschance lässt als aus ihrer Heimat zu fliehen. Den Schoß, aus dem schon wieder Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Volksverdrummung kriechen will, müssen wir unfruchtbar machen!

Gemeinsam handeln!

Die DFG-VK ist die einzige Organisation, die sich zu politischem Pazifismus bekennt. Ein wesentlicher Bestandteil dieses politischen Pazifismus ist, in jeder Hinsicht radikale Entmilitarisierung zu fordern. Dieser Antimilitarismus bezieht auch die individuelle Komponente der persönlichen Ablehnung jeglichen Kriegsdienstlebens ein, ob offen im Militärapparat oder verdeckt anderswo.

Die Praxis des politischen Pazifismus ist dabei weder ideologisch noch dogmatisch. Das drückt sich in dem inneren und äußeren Bündnischarakter des Verbandes aus. Allerdings gilt auch hier: Diese Ausrichtung, die ein weiterer unverzichtbarer Bestandteil der DFG-VK ist, muss dringend überdacht und neu belebt werden – nicht durch „Wie früher“, sondern durch „Wie Zukunft“.

Gemeinsam handeln ohne Selbstaufgabe

Ein Großteil des aktuell desolaten Verbandszustandes ist der Tatsache geschuldet, dass viel zu viele DFG-VK-Mitglieder nicht zuvörderst im und für den Verband aktiv sind, sondern in erster Linie (u.a. als nominelle Vertreter der DFG-VK) in den unterschiedlichsten Bündnisbereichen. Selbst Mitglieder des BundessprecherInnenkreises treten öffentlich häufiger unter dem Label einer Bündnisorganisation auf als unter dem Namen der DFG-VK. Das mag daran liegen, dass die DFG-VK für sie zu unattraktiv erscheint, was aber einem Teufelskreislauf gleichkommt, denn wer will die DFG-VK attraktiver machen, wenn nicht ihre Aktiven?

Unsere Unterstützung von Bündnispartnern, -aktionen, -strukturen darf nicht weiter dazu führen, Infrastrukturen und Finanzen selbstlos zur Verfügung zu stellen, während der Verband in seiner politischen Bedeutung davon aber kaum profitiert und aktivenmäßig gar ausblutet. Dem Bündnisbereich welcher Couleur auch immer muss klar und durchgängig vor Augen geführt werden: Mittel- und vor allem langfristig habt ihr von der DFG-VK nur dann etwas, wenn die DFG-VK ein starker, stabiler, verlässlicher Verband ist.

Politische Uneigennützigkeit als Form praktizierter Solidarität darf nicht zur Auslöschung und Schwächung der DFG-VK führen. Im gemeinsamen Handeln seine Identität aufzugeben und die DFG-VK nur als Zuarbeiter und Durchlauferhitzer missbrauchen zu lassen, ist noch nicht einmal kurzfristig hinnehmbar. Gemeinsames bündnispolitisches Handeln braucht das eigenständige Selbstwertgefühl aller Beteiligten – auch und gerade der DFG-VK!

Gemeinsames Handeln selbstbestimmt

Unsere Bündnisarbeit (Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, in Kooperationen, Ratschlägen, Foren, Initiativen, bei Aktionen usw.) orientiert sich an unseren Grundsätzen, nicht an denen von anderen. Unsere Bündnisarbeit ist auch nicht wie eine heilige Kuh auf immer und ewig angelegt, sondern kann auch mal dort ausgesetzt oder aufgekündigt werden, wo wir das für angemessen halten. Vorrang haben im Zweifelsfall unsere eigenen Aktivitäten – zu denen wir Andere gerne einladen.

Warum dieses deutliche Abgrenzungsformat? Sinnstiftende Bündnispolitik bedarf als Teil unserer überlebensnotwendigen Politikbefähigung unmissverständlicher Selbstbestimmung. Bündnispartner sollen wissen, woran sie mit uns sind. Und wir müssen – zuvor – wissen, woran wir mit uns selbst sind. Es geht hier nicht um „Friede-Freude-Eierkuchen – wir hamm uns alle lieb!“, sondern – das mag manchem im Verband vom Wortlaut her nicht schmecken – um knallharte Politik. Da wir uns jedoch generell das Prinzip der Gewaltfreiheit zu eigen gemacht haben, werden wir uns, diesem Anspruch nach, nicht mit destruktivem Machtverhalten identifizieren. Es geht darum, jeglichen Beeinflussungsversuchen von außen freundlich, aber entschieden mitzuteilen: Gemeinsames Handeln ja – aber nur selbstbestimmt. In der Vergangenheit hat es daran mehr als einmal gemangelt.

Gemeinsames Handeln stärkt

Bündnisarbeit und gemeinsames Handeln sind keine Einbahnstraße. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist die Bündnispolitik der DFG-VK, ihr innerer und äußerer Bündnischarakter, nie systematisch und kontinuierlich reflektiert worden. Dies muss nachgeholt; nicht überstürzt, schlagartig, ungeduldig, sondern bedacht und Schritt für Schritt, nicht nur Aktive, sondern auch und gerade sogenannte Inaktive mit einbeziehend. Dazu brauchen wir nicht nur innerverbandlich neue Foren

und Diskussionsebenen, sondern auch Angebote für bisherige und zukünftige Bündnispartner außerhalb aktuellen Aktionsdrucks oder anstehender Kampagnen.

Wenn es um die Neubestimmung des politischen Pazifismus der DFG-VK geht, muss es auch um eine Neubestimmung des „Gemeinsam sind wir stärker!“ gehen – so konkret wie möglich: Welche Gemeinsamkeiten machen uns stärker? Was sind folglich unsere Kernaufgaben? Wie binden wir das so ins Verbandsleben ein, dass sich dadurch die Organisation weiterentwickelt? Auch das lässt sich nicht von heute auf morgen entscheiden oder gar per Gremienbeschluss abhaken, sondern bedarf der Einleitung eines zielgerichteten Prozesses, der allerdings eindeutig vorangetrieben werden muss.

Unsere Vorschläge

Als Mitglieder der DFG-VK stehen wir in der Verantwortung zu Geschichte und Zukunft des Verbandes und seinen Zielen. Den Versäumnissen aus der Vergangenheit müssen positive, machbare Vorschläge gegenüber gestellt werden, auf welchen Wegen der Verband in den nächsten Jahren ausprobieren soll, sich mitgliedermäßig wenigstens zu stabilisieren. Das ist die Mindestvoraussetzung für das Überleben der DFG-VK.

Für strategischen Gesamtrahmen

Dem politischen Pazifismus der DFG-VK fehlt es an konkreten Visionen, an radikalen Utopien. Solange wir nicht darstellen, wie nach unserer Meinung als politische PazifistInnen eine Welt ohne Kriege und zerstörerische Gewalt im Einzelnen aussehen soll, verbleiben wir in dem bisherigen Reaktionsmuster, immer nur gegen etwas zu sein – so wichtig das auch sein mag, um Schlimmstes zu verhüten – ohne genauso detailliert darzulegen, was die Alternativen sind. Dabei gibt es längst jede Menge punktueller Ansätze, wie Konversion, zivile Konfliktprävention, Friedens- und Konfliktforschung, antimilitaristische Informationspolitik – beispielhafte Ansätze, zu denen die DFG-VK aber ein strategisch ausgerichtet klar umrissenes Verhältnis entwickeln muss, um ihren Eigenwert wiederzugewinnen. Wir können nicht planlos auf allen möglichen Hochzeiten tanzen, weil sonst unsere Kräfte noch mehr zerfasern als ohnehin schon.

Unser Vorschlag ist, auf der Grundlage unseres Programms ein Strategiekonzept zu erarbeiten, welche Politik die DFG-VK als Bundesverband betreiben, wie sie die

Konkretisierung des politischen Pazifismus bestimmen will. Unbedingte Bestandteile sollten sein: Herausarbeitung verbindlicher Kernaufgaben, verbandseigene (zeitlichbegrenzte)Kampagnenorientierungen, Nutzung/Umstrukturierung bundesweiter Gremien zur kontinuierlichen Politikentwicklung, Stärkung des innerverbandlichen Zusammenhalts durch Kommunikationsausbau, an den Kernaufgaben ausgerichtete Budgetierung der Verbandsfinanzen, Professionalisierung und Systematisierung der Presse- und Medientätigkeit.

Für eine neue Diskussionskultur

Wenn sich die DFG-VK sinnvoll selbsterhaltend entwickeln will, reichen dazu nicht dekretartige Beschlüsse welcher Verbandsorgane auch immer aus. Notwendig ist, eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, die möglichst viele Mitglieder anspricht und motiviert, nicht zuletzt, um so auch möglichst viele Nichtmitglieder anzusprechen und zu motivieren, sich mit Zielen und Vorhaben der DFG-VK identifizieren zu können und Mitglied zu werden.

Unser Vorschlag ist, in der DFG-VK offene, beschlussneutrale Diskussionsplattformen anzubieten, im Großen (auf Bundesebene) wie im Kleinen (auf Gruppen- und Landesverbandsebenen). Wir brauchen die Kompetenz und den Ideenreichtum aller, und nicht nur derer, die in bestimmte Verbandsfunktionen gewählt sind. Wir haben uns zu sehr mit der bürokratischen Abwicklung und Verwaltung politischer Themen und Aktionen beschäftigt (weil die Zahl der Aktiven immer kleiner wird?) und viel zu wenig mit dem politisch-pazifistischen Verständnis untereinander. Aus Einzelkontakten, Gruppenbesuchen und Gremiensitzungen wissen wir: Das Diskussionsbedürfnis ist da. Wenn wir es nicht aufnehmen, tun das andere außerhalb des Verbandes. Wohin das führen kann, zeigen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit gegenüber Strömungen, die, populistisch getarnt, friedenspolitische Forderungen zur Stärkung rechtsradikalen Vorgehens vereinnahmen wollen.

Für eine pazifistische Wertebestimmung

Nach wie vor berufen sich unsere politischen Gegner auf eine „Wertegemeinschaft“, um ihre kriegsfördernden Schweinereien zu begründen. Denn der gepredigte Gemeinschaftswert besteht immer nur darin, militaristische Drohpolitik und faktische Kriegsführung als ultima ratio zur Bewahrung von so genannten Werten zu behaupten, die ihrerseits nur durch Krieg,

Ausbeutung und andere Formen zerstörerischer wie struktureller Gewalt überhaupt erst erschaffen wurden. Besonders deutlich zeigt sich das in der Infamie, Menschenrechte könnten im Extremfall nur noch durch militärische Eingriffe geschützt werden: Diejenigen, die derartige Extremsituationen ursprünglich mit verursacht haben, geben keinen Pfifferling auf die Werte von Menschenrechten, sonst hätten sie schon früher und ursächlich zur Bewahrung dieser Werte eingegriffen, als noch keinerlei gewalttätige Mittel zu deren Erhaltung unabdingbar erschienen.

Unser Vorschlag ist, dass die DFG-VK der sogenannten „Wertegemeinschaft“ der

Militaristen und Kriegsbefürworter die Wertegemeinschaft einer gewaltfreien und tatsächlich demokratischen Zivilgesellschaft gegenüber stellt. Um diese unsere Alternative konkret zu machen, brauchen wir auch die Herleitung zum gesellschaftlichen Wertegehalt des modernen politischen Pazifismus. Die WRI-Grundsatzerklärung und unsere Programmatik – Kriegsursachen erkennen und beseitigen – verpflichten uns, gesellschaftlich einzugreifen und politisch um eine Welt ohne Waffen und Krieg zu kämpfen.

Aufstehen und gemeinsam handeln!

Manifest: Schutz der Menschenrechte durch Prävention

Präambel

Menschen und Menschenrechte schützen und Konflikte zivil bearbeiten: Ja! – Krieg: Nein! Wir akzeptieren die Verantwortung der Staaten wie der Zivilgesellschaft für den Schutz der Menschen vor Verbrechen wie Völkermord, Vertreibung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Krieg ist jedoch kein Mittel, um Konflikte zu lösen oder Menschenrechte zu schützen.

Die Militärinterventionen des Westens bzw. der USA und ihrer Verbündeten der letzten Jahrzehnte sind alle gescheitert, gemessen an ihren vorgegebenen Zielen wie Einhaltung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie haben die internationalen Beziehungen verschlechtert, Konflikte geschürt und den Extremismus gefördert. Gebraucht wird ein grundsätzlich neuer Ansatz für die Verhinderung von Kriegen und den Schutz der Menschenrechte, der durch Regierungen, Zivilgesellschaft und internationale Einrichtungen unterstützt wird.

Ein tiefgründiges Umdenken ist notwendig: Fort von „Krieg als Mittel der Politik für Wenige“, hin zum „Frieden als Grundrecht für Alle“. Sicherheit und Frieden gibt es nur, wenn Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung für alle gewährleistet sind. Die Antwort auf die Spirale der Gewalt kann nur die Rückgewinnung der Vision der Entmilitarisierung der Politik und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sein.

Stärkung der Uno und der OSZE

EU und deutsche Sicherheits- und Militärpolitik muss die Charta der UN in vollem Umfang respektieren. Das Friedensgebot

des deutschen Grundgesetzes muss politische Leitlinie sein. Uno und OSZE sind grundlegende Foren für zivile Konfliktbearbeitung zwischen den Staaten und sollten als solche umfassend akzeptiert und genutzt werden.

Militäraktionen ohne Mandat des Sicherheitsrates stehen dazu im krassen Widerspruch! Internationale Sicherheit ist im Geiste der UN-Charta nur als gemeinsame Sicherheit denkbar. Der Versuch, durch Aufrüstung eine Machtposition der Überlegenheit zu erreichen, ist zum Scheitern verurteilt. Gemeinsame Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören zusammen.

Durch die Aufkündigung des ABM-Vertrages 2001 (Begrenzung der Zahl der Abwehrraketen) durch die USA wurde die Ära der Rüstungskontrolle faktisch beendet. Die Gefahr eines Atomkrieges ist wieder gewachsen! Ein neuer Rüstungswettlauf durch quantitative und qualitative Aufrüstung bei Angriffsraketen und Abwehrsystemen droht. Die Atommächte müssen ihre im Atomwaffensperrvertrag festgelegte Verpflichtung zur Abrüstung umsetzen und ein Moratorium bei der Aufstellung von ABM-Systemen und der Modernisierung der Atomwaffen vereinbaren. Global Zero – die Perspektive einer Welt ohne Atomwaffen – gehört in der Nato, in der EU und in der Uno wieder auf die Tagesordnung.

Der KSE-Prozess (konventionelle Stabilität in Europa) hatte das Ziel, zu einer deutlichen Reduzierung der Streitkräfte in Europa zu kommen. Das ist heute wieder hochaktuell. Instrumente für Prävention, Krisenmanagement und Schutz der Menschenrechte sind in den Strukturen der OSZE angelegt, werden aber nur un-

zureichend genutzt. Neue Instrumente der Früherkennung und Bewältigung von Krisen sind zu fördern und auszubauen.

Die Agenda 2030 der Uno ist ein wichtiges internationales Dokument für kohärentes und präventives Handeln für soziale, ökologische, nachhaltige und friedliche Wege der Entwicklung. Notwendig ist eine ambitionierte Umsetzung der Agenda in Regierungshandeln, mit verbindlichen und transparenten Strukturen für die Partizipation der Zivilgesellschaft und der notwendigen finanziellen Ausstattung und Koordination durch das Kanzleramt.

Tobias Damjanov ist DFG-VK-Bundes-sprecher, Heinrich Häberlein Vorsitzender der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK. Für die Veröffentlichung wurde der Text leicht gekürzt.

Präventive Politik und Diplomatie

Nur wenn in der Politik der Gedanke der präventiven zivilen Bearbeitung von Konflikten Vorrang erhält vor ökonomischen und machtpolitischen Interessen, wachsen die Chancen für den Schutz der Menschen und ihrer Rechte. Deutsche Politik braucht ein friedenspolitisches Leitbild als ressortübergreifendes, handlungsleitendes Grundlagendokument für Krisenprävention und zum Schutz der Menschenrechte. Die Institutionalisierung einer präventiven Politik war mit dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beabsichtigt. Die Umsetzung und Fortentwicklung der darin vorgeschlagenen Instrumente und Mechanismen braucht intensive Unterstützung.

Konflikte können frühzeitig erkannt und bearbeitet werden. Dafür notwendig ist die Erforschung von Ursachen für Kriege und Konflikte, sowie Forschung und Fortbildung, um ganzheitliche Konzepte der Frühwarnung zu entwickeln und zu institutionalisieren. So können auch

neue Konzepte für präventive Strategien erarbeitet, politisch diskutiert und umgesetzt werden. Einzelstaatliche Instrumente für Mediation und Unterstützung von Verhandlungslösungen gilt es auszubauen, politisch aufzuwerten und finanziell angemessen auszustatten.

All diese Punkte müssen im Aktionsplan (s.o.) aus geschlechtsspezifischer Sicht neu gewichtet werden. Denn Frauen können ihre Kapazitäten zur Prävention in den Bereichen De-Radikalisierung und De-Eskalation, Diplomatie und Verhandlungen einsetzen. Je mehr Menschen sich dafür qualifizieren, umso besser können demokratische Prozesse und friedliche Konflikttransformation unterstützt werden.

Unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Eignung für Präventionsprozesse ist die Beteiligung von Frauen einzufordern. Insbesondere müssen Frauen gleichberechtigt mandatiert werden für Friedensverhandlungen. Die UN-Resolution 1325 ff. – Schutz der Rechte der Frauen, Einbeziehung von Frauen in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau – braucht erheblich mehr politische und gesellschaftliche Unterstützung.

Präventive Wirtschaftspolitik

Das Konzept der Schutzverantwortung wird meist in Bezug auf „gescheiterte Staaten“ diskutiert, die nicht mehr in der Lage seien, ihre Bevölkerung vor Verbrechen zu schützen. Das Scheitern von Staaten ist nicht nur durch unbewältigte innere Konflikte bedingt, sondern auch durch die strukturelle Gewalt einer globalisierten Ökonomie. Die „Entwicklungsländer“ werden entsprechend den Interessen der transnationalen Konzerne und des reichen Nordens benutzt. Dazu dienen auch die sogenannten Freihandels- und Investitionsabkommen. Eine Außenwirtschaftspolitik für mehr Gerechtigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen muss neu konzipiert und in den Zusammenhang mit Kriegsverhütung und Schutz der Menschenrechte gestellt werden.

Deutsche Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Entwicklung nachhaltiger und eigenständiger industrieller Strukturen der Länder des „Südens“ abzielen. Das bedeutet auch die Bewertung der Praktiken der transnationalen Konzerne unter friedenspolitischen Gesichtspunkten und die Begrenzung ihrer Macht durch einzelstaatliche Gesetze und internationale Vereinbarungen. Negative Folgen der Tätigkeit der Industrieunternehmen im Bereich Menschenrechte, soziale Situation und Umwelt

können nicht durch freiwillige Maßnahmen eingegrenzt werden.

Die Auswirkung von Projekten und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf Menschenrechte, soziale und politische Konflikte muss immer geprüft werden. Statt der Orientierung auf militärischen unterstützten Zugriff auf begrenzte Rohstoffe ist eine Umsteuerung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise erforderlich.

Rüstungsexporte stoppen, Waffenhandel verhindern

Auch deutsche Rüstungsexporte tragen zur Militarisierung von Konflikten bei. Militärisch ausgetragene Territorialverteilungs- und Machtkonflikte zerstören wirtschaftliche, staatliche und soziale Strukturen. Kriege verschlingen ungeheure Mittel, kosten unzähligen Menschen das Leben und führen zu Verarmung und neuen Konflikten. Produktion und Anschaffung von Waffen entzieht den Haushalten Unsummen, die für notwendige Aufgaben fehlen. Schutzverantwortung durch Prävention bedeutet: Keine weiteren Rüstungsexporte genehmigen, keine Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern bewilligen, ausgemusterte Waffen der Bundeswehr nicht verkaufen, sondern verschrotten.

Darüber hinaus sollte Deutschland in den internationalen Organisationen Initiativen ergreifen und unterstützen, die auf Eindämmung und Verhinderung des internationalen legalen wie illegalen Handels mit Waffen und Rüstungsgütern zielen. Die dafür notwendigen polizeilichen und administrativen Ressourcen sollten großzügig zur Verfügung gestellt werden.

Eine Polizeitruppe für die Uno

Auch ein umfassendes und politisch umgesetztes Konzept der Schutzverantwortung kann nicht ausschließen, dass es zu Konflikten kommt, in welchen Völkermord oder gravierende Verbrechen drohen oder stattfinden, in welcher politische und zivile Mittel versagt haben oder nicht mehr zur Anwendung kommen, staatliche Strukturen nicht vorhanden sind und Verbrecherbanden oder Regierungen Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen. Ein Konzept für eine neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Polizeitruppe unter Kommando der Uno ist auszuarbeiten, die in Fällen von bevorstehendem Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden kann. Die Konstruktion eines

solchen Polizeikonzeptes muss ausschließen, dass nationale Verbände für nationale oder imperiale Ziele sowie für Kriegshandlungen eingesetzt werden: Durch ein neutrales Kommando, nur durch den Einsatz auf Beschluss des Sicherheitsrates, durch multinationale Zusammensetzung der Verbände, durch verbindliche Orientierung auf Völker- und Menschenrecht, durch entsprechende Ausbildung, Logistik und Bewaffnung, durch entsprechende Definition von Einsatzkriterien und Richtlinien. Eine solche Polizeitruppe hat keine Optionen gegen eine überlegene Militärmacht. Die Erfahrungen von neutralen Staaten wie Österreich oder Schweden mit Blauhelmeinsätzen können hier ausgewertet und einbezogen werden.

Die Erarbeitung eines solchen Polizeikonzeptes ist eine Herausforderung für Zivilgesellschaft und Parteien; auch die Friedensbewegung sollte hier kritisch-konstruktiv mitwirken.

Zivile und gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten unterstützen und entwickeln

Notwendig ist die Entwicklung und gesellschaftliche Verankerung einer Kultur des Friedens. Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen und innerstaatlichen Bereich sind vorhanden, viele Erfahrungen wurden gesammelt.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft. Das Konsortium ZFD fordert die Aufstockung der Finanzmittel für den Haushaltstitel „Ziviler Friedensdienst“ auf 60 Millionen Euro bis zum Ende der Legislaturperiode.

Es ist notwendig, neue und zivile Wege zum Schutz von Zivilbevölkerung und ihrer Menschenrechte zu erproben. Dazu gehört auch das Zivile Peacekeeping, das in unterschiedlichen Kontexten erfolgreich umgesetzt wurde.

Dieses Manifest ist entstanden aus dem Kontext der (maßgeblich vom bayerischen DFG-VK-Landesverband getragenen) 14. Internationalen Münchner Friedenskonferenz Mitte Februar. Es greift viele Diskussionen und gleichgerichtete Initiativen der Friedensbewegung auf und versucht diese zu bündeln. Text und Redaktion lagen bei Thomas Rödl und Heinz Staudacher (unter Einarbeitung von Beiträgen von Hans-Christof Sponeck, Heidi Meinzolt, Mobssen Massarrat und Oliver Knabe und weiterer MitarbeiterInnen des Trägerkreises der Friedenskonferenz). Für die Veröffentlichung wurde es leicht gekürzt.

Der „führende Theoretiker des Pazifismus“

Besprechung eines Sammelbands über den DFG-Gründer Alfred Hermann Fried (1864-1921)

Von Stefan Philipp

Einerseits: „Fried ist überzeugt, dass der Pazifismus – nicht zuletzt dank seiner eigenen Erkenntnisse – über das Stadium emotional-sentimentaler Aufrufe und einen allgemeinen gesellschaftlichen Fortschrittsoptimismus hinausgekommen ist und nun auf einer wissenschaftlichen Grundlage beruht. Die vorherrschende Anarchie zwischen den Staaten, die fehlende internationale Ordnung bedingt ‚notgedrungen die Gewalt als Regulator‘. Sie soll durch eine auf einer Rechtsordnung basierende zwischenstaatliche Organisation ersetzt werden, Macht ist in Recht umzuwandeln, wenn ein stabiler Friede erreicht werden soll.“ Andererseits: „Gut ein Jahrhundert später wissen wir, dass Frieds Optimismus getrogen hat und dass seine deterministische Auffassung des Internationalisierungsprozesses einem evolutionistischen Fortschrittsoptimismus verhaftet war, wie er viele Reformbewegungen und geistige Strömungen in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnete.“ (Seite 7 f.)

Das ist der Spannungsbogen, der sich zeigt, wenn man sich mit der Person des Gründers der Deutschen Friedensgesellschaft – gemeinsam mit Bertha von Suttner – befasst, und wie ihn der Herausgeber Guido Grünewald in seiner ausführlichen Einleitung der Anthologie beschreibt. Versammelt sind dort die zehn Referate und Vorträge, die bei einem in Erinnerung an den 100. Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an Fried Ende Oktober 2011 vom International Peace Bureau in Zusammenarbeit mit u.a. der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK veranstalteten zweitägigen Symposium im Potsdamer Rathaus gehalten wurden. Für die Veröffentlichung wurden die Beiträge „gründlich überarbeitet“ und um zwei Aufsätze erweitert. Entstanden ist damit eine spannende Sammlung, in der „zentrale Aspekte von Frieds Denken und Wirken betrachtet“ werden und bei der die AutorInnen „gleichzeitig zu ergründen“ versuchen, „ob es in Frieds Werk Fragestellungen und Erkenntnisse gibt, die für die heutigen – leider nur von Minderheiten ernsthaft verfolgten – Bemühungen, eine stabile Friedensordnung zu schaffen, hilfreich sein können“, wie Grünewald schreibt.

Eröffnet wird die Sammlung mit einer biographischen Skizze Frieds von Petra Schönemann-Bebrens (die kurz vor dem Symposium eine umfangreiche Biografie des Pazifisten veröffentlicht hatte: Alfred H. Fried. Zürich 2011; zuvor bereits Bremen 2004: phil. diss. zu Fried). Wer mit der Person Fried wenig (oder nichts) anfangen kann – und das dürfte sogar auf die meisten DFG-VK-Mitglieder zutreffen –, der erhält auf 16 Seiten einen hervorragenden Überblick. Schon der Name sorgt häufig für eine Verwechslung, so leitet die Autorin ihren Beitrag ein. Denn für viele ist der Dichter Erich der bekanntere Fried, mit Hermann Alfred war er jedoch nicht verwandt. Beide aber waren gebürtige Wiener jüdischer Abstammung, der 1864 geborene spätere Friedensnobelpreisträger starb am 4. Mai 1921 in Wien – zwei Tage, bevor Erich geboren wurde.

Worin besteht die Bedeutung des „beinahe gänzlich vergessenen“ Frieds, dem der Nobelpreis „in der Öffentlichkeit mehr Schmähungen als Renomee“ einbrachte? Er hat „Bahnbrechendes geleistet und Impulse gesetzt, die bis in unsere Zeit hineinwirken: die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft (heute DFG-VK), die Herausgabe des ersten umfassenden Handbuchs der Friedensbewegung im deutschsprachigen Raum (die ihn zum Ahnherrn der historischen Friedensforschung macht), die Förderung des modernen Völkerrechts, seine Tätigkeit als erster deutschsprachiger Friedensjournalist, der Herausgabe des ersten deutschen Esperanto-Lehrbuchs und die Gründung der Zeitschrift ‚Die Friedens-Warte‘, die in veränderter Form bis heute weitergeführt wird.“ (Seite 23)

Die weiteren Beiträge behandeln überwiegend Einzelaspekte von Frieds Denken und Wirken sowie der politischen Rahmenbedingungen:

Der Historiker Christoph Jahr beschreibt unter der Überschrift „Antisemitismus, Militarismus, Nationalismus und das Europäische Staatensystem 1870-1920“ die „drei insbesondere die gesellschaftlichen Eliten prägenden Faktoren“ und damit das Umfeld, in dem Fried „sich bewegte und vor allem, gegen welche Widerstände er während der gesamten Zeit seines politischen und publizistischen Wirkens ankämpfen musste.“ (Seite 39) Seine Betrachtungen schließt er mit dieser Respektsbekundung: „Dass Fried gegen den Ungeist seiner Zeit aufbegehrte, verdient daher auch heute noch unsere uneingeschränkte Bewunderung.“ (Seite 50)

Sandi E. Cooper, emeritierte Geschichtswissenschaftlerin und „die Doyenne der historischen Friedensforschung in den USA“ (Grünewald, S. 10), gibt einen markanten Überblick über die „ersten pazifistischen Generationen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs“ – so auch der (ins Deutsche übersetzte) Titel ihres Vortrages beim Symposium und im Inhaltsverzeichnis des Buches, wohingegen der (ab Seite 51) abgedruckte Text überschrieben ist mit „Die pazifistisch-internationalistische Welt von Alfred Hermann Fried“ – und die Entwicklungen der verschiedenen Friedensbewegungen.

Peter van Dungen, Koordinator des Internationalen Netzwerks der Friedensmuseen, gibt in seinem „Fried und der ‚Ursächliche Pazifismus‘“ genannten Vortrag einen hervorragenden Überblick der pazifistischen Theoriebildung durch Fried.

Einen weithin unbekanntem Aspekt in Frieds Leben, dass er nämlich – seit 1908 – Freimaurer war, beschreibt der habilitierte Historiker und Fried-Biograf Walter Göhring (*Verdrängt und vergessen. Wien 2006*) ausführlich. Interessant dabei u.a. die Information, dass Fried einen „großen Teil seines Preisgeldes [aus dem Friedensnobelpreis] ... den Freimaurern für den Ausbau ihrer Sozialarbeit“ (Seite 86) spendete. (Auch hier ein „kleiner Fehler“ im Buch: Während der Vortrag Göhrings in Potsdam im Programm „Sozialdemokratie und die Freimaurer – Spuren in die Zukunft“ betitelt war, heißt es im Inhaltsverzeichnis „Bruder Europa“ – Der Freimaurer Alfred Hermann Fried“, woraus dann über dem ab Seite 79 abgedruckten Text der „Friedensnobelpreisträger“ wird.)

Der gelernte Buchhändler Fried war auch und vor allem Journalist. Der Österreicher Andreas H. Landl, selbst Journalist und Chefredakteur des Online-Magazins www.friedensnews.at beschreibt Fried als „Wegbereiter des Friedensjournalismus“ und stellt aktuelle Bezüge her.

Der Beitrag des Friedenshistorikers Klaus Schlichtmann „Fried und die Entwicklung des Völkerrechts“ ist eine „völkerrechtshistorisch angelegte Untersuchung“.

Die Historikerin Laurie Coben beleuchtet „Frieds Impulse für die transnationale Frauenfriedensbewegung“, die sie mit aktuellen Bezügen verknüpft.

Bernhard Tuidier, Bibliothekar in der Sammlung für Plansprachen und im Esperantomuseum der Österreichischen Nationalbibliothek, beschreibt „Frieds Engagement für eine Welthilfssprache und die Esperanto- und die Friedensbewegung“.

Der emeritierte Professor der Zeitgeschichte Dieter Riesenberger ist der Herausgeber des Fried'schen Kriegstagebuchs (siehe *nebenstehenden Kasten*), das überwiegend in dessen – seit dem Frühjahr 1915 – Schweizer Exil entstand.

Klaus Schneckenner, Professor für Friedens- und Konfliktforschung, fragt nach den „Herausforderungen für globale Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert“ im Zusammenhang mit Frieds Vorstellungen von der „Organisation der Welt“. Er kommt zum Schluss, dass „Frieds Konzeption im Grundsatz erhalten“ bleibt, sie „aber um eine Reihe von Bausteinen zu ergänzen [sei], wenn Ordnungspolitik im 21. Jahrhundert auch Friedenspolitik sein soll.“

Im Abschlussbeitrag stellt der emeritierte Professor der Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung Dieter Sengbaas analytische Überlegungen „Zur Aktualität der Friedenstheorie Alfred Frieds“ an – und kommt zum Schluss: „Ursächlicher Pazifismus“ – aktueller denn je“

Zum Sinn eines solchen Buches

Jede Zeit erfordert ihre je eigenen Antworten, Analysen und Handlungsstrategien. Welcher Sinn liegt also darin, sich in dieser Weise, wie es das Symposium und nun der Sammelband tun, intensiv mit einem Protagonisten zu beschäftigen, der seit fast 100 Jahren tot ist? Der nichts wusste, wissen konnte vom „Zivilisationsbruch“ Auschwitz, dem Zweiten Weltkrieg mit über 50 Millionen Toten, dem deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der Atombombe und der Möglichkeit, alles Leben und die ganze Welt zu vernichten, vom „Roboterkrieg“ mit automatisiertem Töten durch Drohnen, von einem Imperium USA, das weltweit durch Militärstützpunkte und Flugzeugträgerflotten die Bedingungen diktiert und fast ohne Konkurrenz nach Belieben und Interesse Krieg führen kann etc.

Diese „je eigenen Antworten“ fallen leichter, werden besser und richtiger, wenn nicht jede Generation meint, sie müsse die „Welt neu erfinden“; wenn sie erkennt, dass bereits zuvor Menschen guten Willens, heißen Herzens und kühlen Kopfes nach Wegen zum Frieden gesucht haben, deren Erfahrungen für die aktuellen Antworten hilfreich sein könnten.

Und: Der Austausch und die Auseinandersetzung zwischen Friedensbewegung und Friedenswissenschaft waren schon einmal – um es vorsichtig zu formulieren – intensiver. Wenn beide erkennen könnten, dass sie am selben Strang ziehen und eine intensivere Kommunikation für beide fruchtbar wäre, dann wäre für die „Organisation der Welt“ einiges gewonnen.

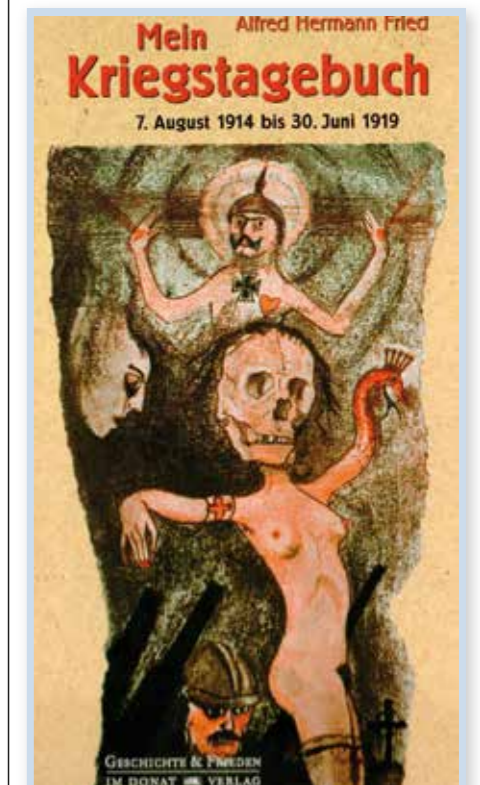
Schließlich: Die DFG-VK kann froh und dankbar sein, in ihren Reihen Fachleute wie Guido Grünewald (Jahrgang 1952, Dr. phil., Historiker, seit 1973 zunächst im Bundesvorstand des VK, ab 1974 dann im Bundesvorstand der DFG-VK aktiv und seit vielen Jahren und aktuell internationaler Sprecher der DFG-VK) zu haben, die dazu in der Lage sind, die Bedeutung solcher Menschen wie Fried zu sehen, sie historisch einordnen und erklären zu können, ein solches Symposium (ehrenamtlich!) organisatorisch und inhaltlich zu „stemmen“, und die die „Zähigkeit“ haben, einen solchen Sammelband redaktionell zu erstellen, der die Erkenntnisse einem brei-

teren Publikum vermitteln kann. Und die, wie in diesem Fall Guido Grünewald, die Fähigkeit und das fundierte Wissen haben, „einleitende Bemerkungen zur Wiederentdeckung des vergessenen Friedensnobelpreisträgers Alfred Hermann Fried“ (Seiten 7 bis 22) zu formulieren, die kompetent in die Lektüre der Einzelbeiträge einführen – und fast geeignet sein könnten, die doch auch zeitaufwändige und mitunter mühsame Gesamtlektüre zu ersetzen.

Ergänzt wird das Buch durch einen umfangreichen Abbildungs- und Foto- (Seiten 203 bis 220) sowie den Anmerkungsenteil (Seiten 221 bis 265), Kurzbiografien der AutorInnen (Seite 266 ff.) und abschließend ein Personenregister.

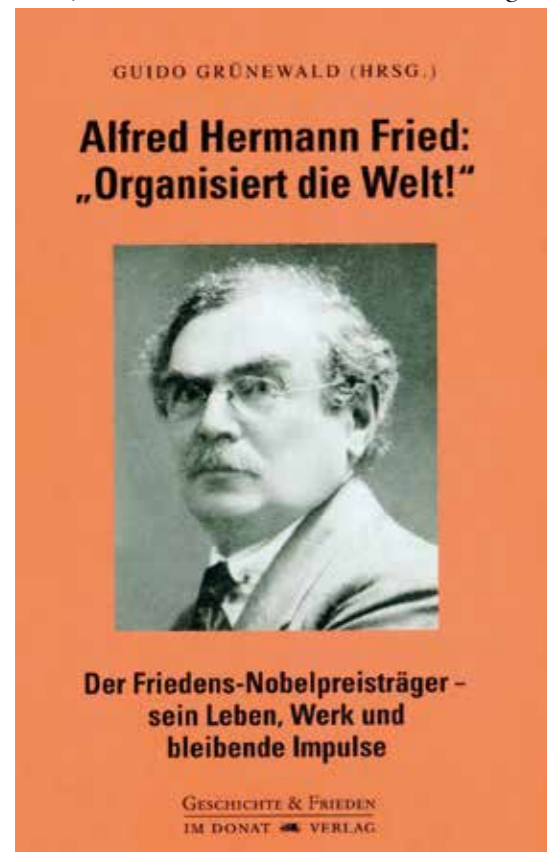
Insgesamt also ein rundum sinnvolles, nützliches und wichtiges Buch!

Stefan Philipp ist Chefredakteur der *Zivil Courage*.



Alfred H. Fried: Mein Kriegstagebuch. 7. August 1914 bis 30. Juni 1919. Herausgegeben, eingeleitet und ausgewählt von Gisela und Dieter Riesenberger. Bremen 2005; 384 Seiten; 18,80 Euro

Während des Ersten Weltkriegs hielt sich Alfred Hermann Fried wegen der Zensur im kaiserlichen deutschen Reich in der Schweiz auf und kommentierte den Krieg in seinem Tagebuch, wobei er „von vornherein beabsichtigte, seine Aufzeichnungen Monat für Monat zumindest teilweise in der ‚Friedens-Warte‘ zu veröffentlichen“. Dieses „Kriegstagebuch“ ist das einzige Tagebuch eines pazifistischen Emigranten während des ersten Weltkriegs. Durch den voluminösen Anmerkungsenteil wird das Tagebuch auch für heutige LeserInnen verständlich und zur authentischen und interessanten Lektüre.



Guido Grünewald (Hrsg.): Alfred Hermann Fried: Organisiert die Welt! Der Friedens-Nobelpreisträger – sein Leben, Werk und bleibende Impulse. Bremen 2016; 272 Seiten; 16,80 Euro

BESTELLEN VERTEILEN

Schwerer zu
Pflugscharen!

Schüler sind kein
Kanonenfutter!

Meine Daten sind nichts
für die Bundeswehr!

Für friedliche
Forschung!

Widerspruch

Für eine
friedliche
Uni!

Ja zur Zivilklausel!

Die neuen Falblätter
kostenlos anfordern im
DFG-VK-Shop:

www.dfg-vk.de/shop



Nochmals zum Thema „Annexion der Krim“

Briefe der LeserInnen

Zum LeserInnenbrief von Gernot Lennert in ZC Nr. 5/2015, Seite 28 f., und der Frage, ob die Eingliederung der Krim eine Annexion war

Gernot Lennert widerspricht in seinem Leserbrief meiner Warnung vor der Verwendung fragwürdiger Zuweisungen wie „Annexion der Krim“ oder „prorussische Separatisten“ im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt. Ich muss wenigstens ein paar meiner Einwände gegen die Widerrede von Gernot Lennert anbringen.

Im Wesentlichen kritisiere ich bei Gernot Lennert die Beschränkung seiner Sicht auf nur die Handlungen von staatlichen Akteuren. Er scheint überhaupt nur die Handlungen Russlands als relevant anzusehen, wenn er etwa Prof. Merkel vorwirft, dieser würde das „innerhalb von drei Wochen abgeschlossene Handeln des russischen Staates untergliedern, statt es als Gesamtaktion wahrzunehmen“. Aber was ist mit den Handlungen des Parlaments der (damals) autonomen Republik Krim? Was ist mit den Handlungen der Krim-Bewohner (nämlich in Form der Teilnahme am Referendum)? Was ist mit den Handlungen der ukrainischen Regierung oder des ukrainischen Parlaments (etwa das Einbringen einer Gesetzesvorlage gegen die Verwendung der russischen Sprache in Behörden), was ist mit der „Anti-Terror-Operation“ in der Ostukraine? Was ist überhaupt zu der Staatlichkeit der Ukraine zum fraglichen Zeitpunkt zu sagen (man denke an die illegitime, undemokratische, gewaltsame Machtübernahme in Folge der Maidan-Massaker)? Was ist von der sofortigen, anstandslosen Anerkennung der neuen Regierung in Kiew durch Deutschland und EU zu halten? Ist das alles nicht kritikwürdig, da legalistisch (nämlich irgendwie, und von allfälligen Winkeladvokaten sowieso) vertretbar? Zählt dies alles für Gernot Lennert nichts? Oder bemerkt er nur nicht die massive Einseitigkeit der Darstellung des Ukraine-Konflikts in Politik, Medien und öffentlich-rechtlichen Anstalten?

Gernot Lennert behauptet, die Konsequenz meiner Argumentation wäre, dass ein Aggressor einen „Menschen konstruieren

würde“, um willkürlich zu bestimmen, worin das Wohlergehen dieses Menschen bestünde, und damit staatliche, aggressive Handlungen rechtfertigen zu können (was allerdings tatsächlich in der Weltpolitik gang und gäbe ist, man schaue sich nur die ganze interventionistischen Aktivitäten mit der Begründung der humanitären Notwendigkeit oder der Verbreitung von Demokratie an). Tatsächlich wird es in der Ukraine dann eben einfach anders praktiziert: Ein Putschregime wird legalistisch rechtmäßig durch die Anerkennung durch (vorwiegend) westliche Staaten, eine Autonomie-Erklärung wird unrechtmäßig durch die Nichtanerkennung durch (vorwiegend) westliche Staaten. Daran kann man doch leicht erkennen, dass Legalität, gerade auf übernationaler Ebene, der reinen Willkür Tür und Tor öffnet.

Was Gernot Lennert auch völlig ausblendet, ist der Kontext, in den die fragliche Wort-Benutzung heute hier in Deutschland eingeordnet werden muss: die massive Antirussland-Hetze unserer Politik und unserer „Qualitäts“-Medien („Stopp Putin!“, ...). Mein Aufruf zur Vorsicht bei der Verwendung gewisser (von den Medien zusätzlich) negativ aufgeladener Reizworte wie „Annexion“ (dessen Zutreffen doch, wie ich betonte – und was auch von Gernot Lennert nicht widerlegt wurde – zumindest strittig ist) oder „prorussische Separatisten“ (womit die sich in der Ostukraine verteidigenden Menschen zumindest rhetorisch in Richtung einer Unrechtsposition gerückt werden) zielt darauf ab, nicht auch noch aus der Friedensbewegung heraus unnötigerweise Ressentiments, Vorurteile, Verachtung, Ablehnung zu schüren, wo es doch gerade um Versöhnung, Ausgleich, Mediation, Entspannung, verbale Abrüstung, Frieden gehen sollte. All dies scheint Gernot Lennert überhaupt nicht wahrzunehmen. Hat er gar nichts von den tendenziösen und die Vorgänge in der Ukraine verfälschenden Darstellungen mitbekommen, die ja auch von Stefan Philipp thematisiert wurden („... fast durchgängige ‚pro-westliche Propaganda-Berichterstattung‘ der deutschen Medien ...“)?

Tut mir Leid, aber die Sichtweise von Gernot Lennert (nur Russland ist Handelnder, alle anderen Beteiligten sind Erleidende) passt mir zu sehr zu der massenmedial lautstark verbreiteten, herrschenden Erzählung über den Ukraine-Konflikt. Und passt mir auch zu sehr zur aktuellen Nato-Strategie und zur Agenda der massenmedialen Verteufelung Russlands. Diese Agenda kann nicht unsere Agenda als Friedensorganisation sein!

Ich plädiere dafür, dass wir als Friedensbewegung eine deutliche Gegenposition zu den Militaristen und Kriegstreibern aufbauen müssen – und wenn wir es schon nur wenig in Form von konkretem politischem Handeln tun können (mangels effizienter Vertretung unserer Positionen im Parlament), so sollten wir es zumindest verbal und argumentativ tun. Genau darin sehe ich meine erste, konkrete Pflicht als Pazifist: Achtsamkeit bei Negativ-Zuweisungen gegen vermeintliche Feinde wahren und geschürten Ängsten und Feindbildern entgegenwirken.

Albrecht Storz

...

Zum Artikel „Heimtückischer Mord“ von Ralf Cüppers in ZC Nr. 5/2015, Seite 22 f.

Nach über 50 Jahren Mitgliedschaft in der DFG-VK bin ich entsetzt über den Beitrag von Ralf Cüppers.

Er unterstellt der (von mir schon immer kritisierten) Bundeswehr, also speziell der Kriegsmarine, „Flüchtlingsschiffe“, die im Mittelmeer zur Seenotrettung dienen sollen, durch gezielte GPS-Täuschung das anvisierte Ziel (z.B. Lampedusa und Malta) zu verfehlen und in ihrem weiteren Weg gen Norden (z.B. Sizilien) infolge von Treibstoffmangel und fehlendem Proviant in Seenot zu geraten bzw. an Hunger zu sterben. Das alles mit den so genannten Eloka-Schiffen der Bundeswehr. Das ist sehr starker Tobak!

Er beschreibt:

- die technischen Grundlagen des GPS-Spoofing;

- die Möglichkeit der EloKa-Schiffe, ein anderes Schiff in die Irre umzuleiten;
- die Historie der Fa. Plath GmbH in Hamburg;
- angebliche Vorkommnisse in Deutschland zur GPS-Täuschung infolge von Militärlübungen der Bundeswehr.

Alles, was Ralf Cüppers mehr oder weniger sachlich beschreibt, kann in den heute zugänglichen Informationsquellen recherchiert werden.

Beim Lesen des Artikels fällt auf, dass er anfangs nicht nachweisbare Dogmen postuliert und Szenarien definiert, die keinerlei realistischen Bezug zur Wirklichkeit haben:

- Heimtückischer Mord;
- Bundeswehr betreibt die militärische Abwehr von Flüchtlingen im Mittelmeer;
- Die EloKa-Schiffe könnten ein Flüchtlingsschiff in die Irre umleiten.

Nach meiner Meinung könnte der Artikel Bestandteil einer dogmatischen Indoktrination sein (werden?).

Der Beitrag von Ralf Cüppers hätte aufgrund der hohen Reputation der **ZivilCourage** nicht in dieser erscheinen dürfen. Der Beitrag bedarf im nachhinein einer kritischen Stellungnahme der Redaktion. Ein Abdruck dieses Beitrages in einer (deutschen) Tageszeitung würde mit Sicherheit ein nicht zu unterschätzendes politisches und mediales Nachspiel haben! Bewahren wir uns davor!

Aber auch der **ZivilCourage** selbst und der gesamten Friedensbewegung ist damit kein Dienst getan! Was sagen die Leser der **ZivilCourage** zu diesem Bericht, welche z. T. sehr engagiert zum Gelingen der Zeitschrift und nicht zuletzt zur Gestaltung der Friedensbewegung beitragen? Wollen wir nicht um neue (junge) Mitglieder werben, um die Zukunft der Friedensbewegung sicherzustellen?

Rainer Kimpel

ZivilCourage-Leser Rainer Kimpel kritisiert in seiner oben abgedruckten Zuschrift hart die Veröffentlichung des Artikels „Heimtückischer Mord. Die Bundeswehr betreibt die militärische Abwehr von Flüchtlingen im Mittelmeer“ von Ralf Cüppers in der letzten Ausgabe (Die Überschrift stammte dabei – wie üblich – von der Redaktion und nicht vom Autor.). Wir haben Ralf Cüppers gebeten, auf die Vorwürfe in dem LeserInnenbrief einzugehen. Seine Stellungnahme, in der noch einmal klarer dargestellt wird, wie die Faktenlage ist und welche Schlussfolgerungen sich daraus (logischerweise) ergeben, veröffentlichen wir nachfolgend.

Stellungnahme von Ralf Cüppers zu der Kritik an seinem Artikel „Heimtückischer Mord“ im LeserInnenbrief von Rainer Kimpel

Vielen Dank an Rainer Kimpel, der meinen Beitrag zum GPS-Spoofing noch einmal dahingehend aufgeteilt hat, was nachweisbare Fakten und was die daraus abgeleiteten Hypothesen sind. Ehrlich gesagt hatte ich durchaus damit gerechnet, dass irgendein Angehöriger der Bundeswehr sofort mit der Forderung nach Abdruck einer Gegen Darstellung kommt und das Bundesverteidigungsministerium eine Unterlassungsklage in die Wege leitet. Wenn die nicht gekommen ist, dann liegt es sicher nicht daran, dass die **ZivilCourage** nicht ausgewertet würde.

Fakt ist:

1. „Migration“ ist Thema und Aufgabe der Bundeswehr gemäß der Verteidigungspolitischen Richtlinien
2. Das „Umleiten von Flüchtlingen“ ist mit *Eunavfor Med* beschlossen, nachzulesen bei wikileaks. Dazu gibt es Veröffentlichungen und Presseerklärungen der Grünen-Europa-Abgeordneten Barbara Lochbihler, der ich dafür dankbar bin, dass sie als erste auf diese Saueri des „Schiffe-Versenkens“ aufmerksam gemacht hat.
3. „GPS-Spoofing“ ist die technische Möglichkeit, mit der dieses Umleiten möglich ist – die einzige mir bekannte Möglichkeit neben der direkten Waffengewalt. Das Patent hält die Firma Plath, der Verantwortliche der Firma Plath zur Zeit der Patenterteilung war an der Ausbildung der EloKa der Bundeswehr beteiligt, hat Lehrmaterial für die Schule für Strategische Aufklärung geschrieben, die EloKa (Elektronische Kampfführung) verfügt über diese Technik (öffentlich zugängliche Information der Firma Plath im Netz). „GPS-Spoofing“ ist kein „dual use“-Patent, es ist wirklich ausschließlich dazu da, ahnungslose Seeleute in die Irre zu führen. Es ist immer ein „gefährlicher Eingriff in den Schiffsverkehr“ und, solch ein Gerät herzustellen oder zu besitzen, sollte schon strafverfolgt werden, nicht erst die Benutzung. Es ist ja schon für Kraftfahrer verboten, einen Radarwarner zu besitzen, weil der einzige Sinn eines solchen Gerätes darin besteht, damit eine rechtswidrige Handlung zu begehen.
4. EloKa-Schiffe sind zur Zeit der *Eunavfor Med* im Mittelmeer, darüber gab es Pressemeldungen.
5. Für angebliche Seenotrettung ist EloKa überflüssig.
6. Die Anzahl der aus Seenot geretteten Flüchtlinge ist, seit die Bundeswehr im Mittelmeer ist, (nach einem Bericht von

„Monitor“) auf ein Drittel zurückgegangen. Und da nicht anzunehmen ist, dass die Zahl derer, die die Flucht über das Mittelmeer beginnen, zurückgegangen sein sollte, fragt man sich, wo denn die anderen zwei Drittel geblieben sind.

Nicht bewiesen ist, dass z.B. die „Oste“ mit *Eunavfor Med* im Mittelmeer ist, es könnten auch andere Schiffe, z.B. „Alster“ oder „Oker“ sein, somit auch: dass die „Oste“ diese Störsignale aussendet bzw. ausgesendet hat. Dazu müsste man im Mittelmeer vor Ort sein und diese Signale auffangen können, dass ich das nicht war und es demnach nicht beweisen kann, habe ich offen geschrieben.

Die Stadt Wolfratshausen hat eine Partnerschaft zum EloKa-Schiff „Oste“, und die Grünen im Stadtrat von Wolfratshausen haben den Kommandanten der „Oste“ angefragt, und dieser hat auch geantwortet.

In seinem Schreiben wird unsere „Unterstellung“ bestätigt, dass die Bundeswehr an der Bekämpfung der „Bedrohung durch Migrationsbewegungen“ und im Rahmen der *Eunavfor Med*-Mission zum „Umleiten von Flüchtlingen“ beteiligt ist. Denn das ist in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 enthalten, und *Eunavfor Med* ist parlamentarisch mandatiert. Es wird lediglich dementiert, dass die „Oste“ zur Zeit daran beteiligt ist. Es wurde aber nicht behauptet, dass überhaupt keine Schiffe mit GPS-Spoofing-Möglichkeit im Mittelmeer sind.

Im zweiten Absatz wird die Oste als „hocheffiziente Frühwarn-, Fernmelde- und Aufklärungseinheit“ bezeichnet, der zweite Begriff – das „Fernmelden“ – bestätigt, dass nicht nur Signale empfangen und ausgewertet, sondern auch welche gesendet werden. Zum Senden gehört auch GPS-Spoofing. Keine Auskunft wird zu spezifischen technischen Möglichkeiten gegeben, gefragt wurde jedoch spezifisch nach GPS-Spoofing. Begründet wird dies mit „Geheimhaltung“. Aber wenn etwas geheim gehalten werden muss, dann ist es zumindest vorhanden, wenn schon nicht in Gebrauch. Sonst ergäbe die Berufung auf die Geheimhaltung wirklich keinen Sinn.

Der nächste Schritt ist die Vorbereitung einer Kleinen Anfrage für den Bundestag, und ich bin zuversichtlich, einen Abgeordneten zu finden, der sie einbringen wird.

Leider gibt es auch in der Friedensbewegung Menschen, die den Presseerklärungen des Bundesverteidigungsministeriums glauben, dass es der Bundeswehr tatsächlich um Seenotrettung ginge. Sogar Gregor Gysi ist auf die Propaganda der „Seenotrettung“ hereingefallen. Wenn die

Bundesregierung ein Interesse daran hätte, dass möglichst viele Flüchtlinge lebend bei uns ankommen, dann schickte sie keine Kriegsmarine ins Mittelmeer, sondern schaffte eine gesicherte Fährverbindung.

Wenn die Bundeswehr jetzt nicht vor der libyschen Küste, sondern in der Ägäis aktiv ist, ändert das nichts an deren Aufgabe, Flüchtlingsschiffe umzuleiten, statt sie sicher nach Europa zu geleiten.

Nun enthielt mein Beitrag auch Informationen darüber, wie sich der Skipper eines Flüchtlingsschiffes vor GPS-Spoofing schützen kann: Antenne nach horizontal abschirmen und besser noch: Positionsbestimmung durch Messung eines Gestirns mit dem Sextanten. Wenn das wieder Standard guter Seemannschaft wird, dann ist GPS-Spoofing sinnlos geworden, und Plath könnte sich sein Patent ins Klo hängen.

Da Rainer Kimpel in den heute zugänglichen Informationsquellen recherchiert hatte, dass es dieses Patent gibt, sollte er lieber darüber entsetzt sein als über meinen Beitrag in der **ZivilCourage**. Woher weiß er denn, dass das von mir postulierte Szenario keinen Bezug zur Wirklichkeit hat? GPS-Spoofing ist zweifelsfrei ein deutliches Patent, nicht eines aus irgendeinem sogenannten „Schurkenstaat“.

Ich wäre ja froh, wenn irgendein verantwortlicher deutscher Soldat sagen

würde, Cüppers hat unrecht, und dann rechtsverbindlich erklären würde: Wir haben kein GPS-Spoofing, wir würden es niemals anwenden, wir wollen auch keine Flüchtlinge umleiten, wir werden keine Flüchtlingsschiffe zerstören, auch nicht die von Fluchthelfern, wir werden alles tun, um sie sicher nach Europa zu geleiten. Aber das ist wohl ein naiver Wunsch.

Gerade weil ich zum Gelingen der Zeitschrift und nicht zuletzt zur Gestaltung der Friedensbewegung beitragen will, greife ich solche Themen auf. Wenn wir um neue, junge Mitglieder werben, dann brauchen wir Informationen und Kompetenz und auch den Mut, die Kriegspropaganda zu entlarven und uns bei den Kriegstreibern unbeliebt zu machen. Ich bin der **ZivilCourage** dankbar, dass sie das EloKa-Thema aufgegriffen hatte. Ich teile die Einschätzung nicht, dass ein Abdruck dieses Beitrages in einer Tageszeitung mit Sicherheit ein nicht zu unterschätzendes politisches und mediales Nachspiel haben würde; leider, denn nach der Antwort des Kommandanten der „Oste“ gehe ich davon aus, dass die Bundeswehr das Thema totschweigen will. Die haben keine Argumente, sonst hätten wir die Gegendarstellung und die Unterlassungsklage schon längst.

Ralf Cüppers



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Rechtzeitig vor ihren Osterumzügen haben die Besseres von der „Friedensbewegung“ wieder ein neues Skandalthema gefunden: Die Rekrutierung von Minderjährigen in unserer Bundeswehr. Waren sie bisher an Ostern mit ihren roten Fahnen unterwegs, so haben sie dieses Jahr gleich einen neuen Feiertag erfunden, den „Red Hand Day“. Der roten Farbe bleiben sie also treu, und wir sehen, aus welcher politischen Ecke der Wind weht. Aber zurück zum Thema: Was ist schlimm daran, dass sich junge Menschen schon mit 17 Jahren zum Dienst in der Truppe melden? Im Grunde ist das eine Art von sozialer Arbeit für die Gesellschaft, nichts anderes. Wäre es besser, wenn diese jungen Leute in den sozialen Brennpunkten unserer Städte auf die schiefe Bahn gerieten? Jugendliche wollen Freiheit, Abenteuer, Herausforderungen und klare Strukturen. Und die bekommen sie in unserer Bundeswehr. Schon weit über 1000 junge Menschen haben sich für den Weg mit uns entschieden. Heißen wir sie willkommen und zeigen wir ihnen jeden Tag: Wir. Dienen. Deutschland.

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die pazifistische Grundsatzerklärung

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

0116

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

PLZ, Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.dfg-vk.de

Mitglied werben und Buchprämie erhalten!

Gemeinsam für eine starke DFG-VK!

Mitglieder werben Mitglieder!



Mitglied werben, Prämie sichern!

So geht's: Wirb als DFG-VK-Mitglied ein neues Mitglied und lass Sie/Ihn das Formular (s.u.) ausfüllen und uns zuschicken. Dann schreib uns eine E-Mail mit dem Namen des geworbenen Mitglieds, deinem Buchwunsch (Bücher zur Auswahl siehe rechts) und der gewünschten Lieferadresse an: verwaltung@dfg-vk.de. Alternativ kannst du uns deinen Buchwunsch und alle weiteren Angaben auch postalisch an die Adresse der Bundesgeschäftsstelle schicken oder ruf uns einfach an! (Bücher so lange der Vorrat reicht - wenn das gewünschte Buch vergriffen ist melden wir uns)



Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte ausfüllen und in einem Fensterumschlag verschicken.

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart

Grundsatzerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):

*Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beteiligung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.*

DFG-VK